

## **Gesamte Rechtsvorschrift für Doppelbesteuerung – Einkommen- und Vermögensteuern - Protokoll und Annex (Vietnam), Fassung vom 26.02.2024**

### **Langtitel**

Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll und Annex  
StF: BGBl. III Nr. 135/2009 (NR: GP XXIV RV 16 AB 71 S. 14. BR: AB 8060 S. 767.)

### **Sonstige Textteile**

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens wurden am 16. Oktober 2008 bzw. 14. Oktober 2009 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß derselben Bestimmung mit 1. Jänner 2010 in Kraft.

### **Ratifikationstext**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll und Annex wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

### **Präambel/Promulgationsklausel**

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

### **Text**

#### Artikel 1

#### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

#### Artikel 2

#### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere:

- a) in Österreich:
  - i) die Einkommensteuer;
  - ii) die Körperschaftsteuer;
  - iii) die Grundsteuer;

- iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;
- v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;  
(im Folgenden als "österreichische Steuer" bezeichnet);
- b) in Vietnam:
  - i. die Einkommensteuer von Personen; und
  - ii. die Einkommensteuer von Unternehmen (einschließlich der Steuern für „foreign contractors“ und „foreign subcontractors“);  
(im Folgenden als "vietnamesische Steuer" bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

### Artikel 3

#### **ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN**

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeutet der Ausdruck "Österreich" die Republik Österreich;
  - b) bedeutet der Ausdruck "Vietnam" die Sozialistische Republik Vietnam und im geographischen Sinne verwendet das Hoheitsgebiet Vietnams, die Inseln, Inlandsgewässer, Hoheitsgewässer und den darüber liegenden Luftraum, die Meeresgebiete jenseits der Hoheitsgewässer einschließlich des dazugehörigen Meeresgrundes und Meeresuntergrundes über die die Sozialistische Republik Vietnam in Übereinstimmung mit innerstaatlichem und internationalen Recht Souveränität, Hoheitsrechte und Jurisdiktion ausübt;
  - c) bedeuten die Ausdrücke "ein Vertragsstaat" und "der andere Vertragsstaat", je nach dem Zusammenhang, Österreich oder Vietnam;
  - d) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
  - e) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
  - f) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
  - g) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
  - h) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
    - (i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigte Vertreter;
    - (ii) in Vietnam: den Minister für Finanzen oder dessen bevollmächtigte Vertreter;
  - i) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
    - (i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
    - (ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

### Artikel 4

#### **ANSÄSSIGE PERSON**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung, des Ortes ihrer Eintragung oder eines anderen ähnlichen

Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

- (2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:
- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
  - b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
  - c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
  - d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig in dem sich der Ort der Eintragung befindet. Befindet sich jedoch der Ort der Eintragung dieser Person in einem Staat und der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung im anderen Staat, so entscheiden die zuständigen Behörden im gegenseitigen Einvernehmen, in welchem Staat die Person als ansässig für Zwecke dieses Abkommens angesehen wird. Ohne ein derartiges Einvernehmen für Zwecke dieses Abkommens wird die Person in jedem Vertragsstaat nicht als ansässige Person des anderen Vertragsstaats angesehen.

#### Artikel 5

#### **BETRIEBSTÄTTE**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

- (2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:
- a) einen Ort der Leitung,
  - b) eine Zweigniederlassung,
  - c) eine Geschäftsstelle,
  - d) eine Fabrikationsstätte,
  - e) eine Werkstatt,
  - f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen, und
  - h) eine Anlage oder Ausrüstung für die Erforschung von Bodenschätzen.

(3) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst ferner eine Bauausführung oder Montage, oder damit zusammenhängende Aufsichtstätigkeiten, wenn die Dauer der Bauausführung, Montage oder Aufsichtstätigkeit sechs Monate überschreitet.

- (4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:
- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung oder Ausstellung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
  - b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung oder Ausstellung unterhalten werden;
  - c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
  - d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Informationen zu beschaffen;
  - e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
  - f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 7 – in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, wenn diese Person,

- a) in einem Vertragsstaat die Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und sie die Vollmacht dort gewöhnlich ausübt, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machten; oder
- b) keine solche Vollmacht besitzt, aber gewöhnlich im erstgenannten Staat Bestände von Gütern oder Waren unterhält von denen sie regelmäßig Güter oder Waren im Namen des Unternehmens ausliefert.

(6) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels, wird ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaats, außer in Bezug auf Rückversicherung, so behandelt, als habe es eine Betriebstätte im anderen Vertragsstaat, wenn es auf dem Gebiet des anderen Staates durch eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 7, Prämien einhebt oder dort belegene Risiken versichert.

(7) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln. Werden die Tätigkeiten eines solchen Vertreters jedoch ausschließlich oder fast ausschließlich für dieses Unternehmen ausgeübt, so gilt er nicht als unabhängiger Vertreter im Sinne dieses Absatzes.

(8) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

#### Artikel 6

### **EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

#### Artikel 7

### **UNTERNEHMENSGEWINNE**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen

ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind. Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebsstätte an den Hauptsitz oder an eine andere Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder anderen ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, in Form von Provisionen für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die der Betriebsstätte gewährt wurden, gezahlt werden, sind jedoch nicht zum Abzug zugelassen. Dementsprechend sind Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebsstätte dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder anderen ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, in Form von Provisionen für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle des Unternehmens gewährt wurden, in Rechnung gestellt werden, bei der Ermittlung der Gewinne dieser Betriebsstätte nicht zu berücksichtigen.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(6) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

#### Artikel 8

### **SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

#### Artikel 9

### **VERBUNDENE UNTERNEHMEN**

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses

Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

#### Artikel 10

#### **DIVIDENDEN**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Einkünfte der Nutzungsberechtigte der Dividenden ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (ausgenommen Personengesellschaften) ist, die unmittelbar über mindestens 70 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (ausgenommen Personengesellschaften) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- c) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

#### Artikel 11

#### **ZINSEN**

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Einkünfte der Nutzungsberechtigte der Zinsen ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 können Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist und:

- a) dieser Staat, seine Zentralbank oder eine seiner Gebietskörperschaften ist;
- b) die Zinsen von dem Staat, aus dem die Zinsen stammen, oder von einer seiner Gebietskörperschaften oder öffentlich-rechtlichen Stellen gezahlt werden;
- c) die Zinsen für Darlehen geleistet werden, die gewährt, garantiert oder besichert werden, oder für sonstige Forderungen oder Kredite geleistet werden, die garantiert oder besichert werden:
  - (i) in Österreich: von der Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft;
  - (ii) in Vietnam: von der vietnamesischen Entwicklungsbank.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### Artikel 12

#### **LIZENZGEBÜHREN UND VERGÜTUNGEN FÜR TECHNISCHE DIENSTLEISTUNGEN**

(1) Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren oder der Vergütungen der technischen Dienstleistungen der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) im Fall von Lizenzgebühren 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren,
- b) im Fall von Vergütungen für technische Dienstleistungen 7,5 vom Hundert des Bruttobetrags der Vergütungen.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken (einschließlich kinematographischer Filme und Filme und Bänder für Rundfunk oder Fernsehen), von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Begriff "Vergütungen für technische Dienstleistungen" bedeutet Zahlungen jeder Art an Personen, ausgenommen Arbeitnehmer des Schuldners der Zahlung, für Dienstleistungen auf den Gebieten der Geschäftsleitung, der Technik oder der Beratung, die in dem Vertragsstaat erbracht werden, in dem der Schuldner ansässig ist.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte, Vermögenswerte oder Verträge, für die die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur

Zahlung, für Zwecke dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder feste Einrichtung diese Zahlungen, so gelten die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte oder feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen, aus welchem Grund auch immer, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

#### Artikel 13

### **GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN**

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist.

(4) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Anteilen oder vergleichbaren Beteiligungen an einer Gesellschaft bezieht, deren Vermögen zur Gänze oder hauptsächlich aus im anderen Vertragsstaat gelegenen unbeweglichen Vermögen besteht, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung einer Beteiligung von Anteilen im Ausmaß von mindestens 25 vom Hundert an einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft, die nicht unter Absatz 4 fallen, dürfen in diesem Staat besteuert werden.

(6) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2, 3, 4 und 5 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

#### Artikel 14

### **SELBSTÄNDIGE ARBEIT**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus einer sonstigen selbständigen Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, ausgenommen unter den folgenden Umständen, bei denen diese Einkünfte auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen:

- a) Wenn sie im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich über eine feste Einrichtung verfügt; die Einkünfte dürfen jedoch in diesem Fall nur insoweit im anderen Vertragsstaat besteuert werden, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können; oder
- b) wenn sie sich im anderen Vertragsstaat insgesamt 183 Tage oder länger während des betreffenden Steuerjahres aufhält; die Einkünfte dürfen jedoch in diesem Fall nur insoweit im anderen Vertragsstaat besteuert werden, als sie für die in diesem Vertragsstaat ausgeübte Tätigkeiten bezogen werden.

(2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

#### Artikel 15

### EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, nur in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 16

### AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

#### Artikel 17

### KÜNSTLER UND SPORTLER

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 dürfen Einkünfte, die ein in einem Vertragsstaat ansässiger Künstler oder Sportler aus einer Tätigkeit im anderen Vertragsstaat im Rahmen eines zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten vereinbarten Kulturaustauschprogramms bezieht, in diesem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden.

#### Artikel 18

### RUHEGEHÄLTER

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 19

### ÖFFENTLICHER DIENST

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
  - (i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder

- (ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.
- (3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 und 18 anzuwenden.

#### Artikel 20

### **STUDENTEN, PRAKTIKANTEN UND LEHRLINGE**

- (1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen in diesem Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.
- (2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

#### Artikel 21

### **ANDERE EINKÜNFTE**

- (1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.
- (2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.
- (3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 dürfen Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln dieses Abkommens nicht behandelt wurden und die aus dem anderen Vertragsstaat stammen, auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden.
- (4) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

#### Artikel 22

### **VERMÖGEN**

- (1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.
- (2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.
- (3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.
- (4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 23

### VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG

- (1) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:
- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Vietnam besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und c, diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
  - b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10 11, 12, Artikel 13 Absätze 4 und 5 und Artikel 21 Absatz 3 in Vietnam besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Vietnam gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Vietnam bezogenen Einkünfte entfällt.
  - c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.
- (2) In Vietnam, wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:
- a) Bezieht eine in Vietnam ansässige Person Einkünfte, Gewinne oder Erträge, die nach österreichischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Vietnam auf seine vom Einkommen, den Gewinnen oder Erträgen zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vietnamesischen Steuer von diesem Einkommen, den Gewinnen oder Erträgen nicht übersteigen, der nach den Steuergesetzen und -vorschriften Vietnams berechnet wurde.
  - b) Einkünfte oder Vermögen einer in Vietnam ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Vietnam auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Vietnam bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(3) Für Zwecke des Absatzes 1 lit. a und b dieses Artikels werden Einkünfte einer in Österreich ansässigen Person, die aus vietnamesischen Quellen stammen und in Vietnam steuerpflichtig, aber von der vietnamesischen Steuer ganz oder teilweise gemäß der vietnamesischen Gesetzgebung über Investitions- oder Entwicklungsanreize befreit sind, als ganz oder teilweise in Vietnam besteuert angesehen.

#### Artikel 24

### GLEICHBEHANDLUNG

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren, Vergütungen für technische Dienstleistungen und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer

Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt nur für Steuern, die Gegenstand dieses Abkommens sind.

#### Artikel 25

### **VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN**

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, unterbreiten. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

#### Artikel 26

### **INFORMATIONSAUSTAUSCH**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern, erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

#### Artikel 27

### **MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER VERTRETUNGEN**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

#### Artikel 28

### IN-KRAFT-TRETEN

(1) Die Regierungen der Vertragsstaaten teilen einander den Abschluss des nach innerstaatlichem Recht für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen Verfahrens mit. Dieses Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, nach dem die spätere der beiden Mitteilungen erfolgt und seine Bestimmungen finden daraufhin Anwendung:

- (2) a) in Bezug auf die an der Quelle erhobenen Steuern auf Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen, auf Beträge die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres gezahlt oder angerechnet werden, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;
- b) in Bezug auf andere Steuern auf Steuern, die für Steuerjahre erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

### Artikel 29

### KÜNDIGUNG

(1) Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, aber jeder Vertragsstaat kann am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich die Kündigung mitteilen und in diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung:

- (2) a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres gezahlt oder angerechnet werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Steuerjahre erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das auf das Kündigungsjahr folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezuhörig Bevollmächtigten beider Regierungen das Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 2. Juni 2008, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, vietnamesischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

### PROTOKOLL

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

#### **1. Zu Artikel 10, 11 und 12:**

Sollte Vietnam nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung mit einem anderen Staat, der Mitglied der Europäischen Union ist, unterzeichnen, und enthält dieses Abkommen niedrigere Quellensteuersätze (einschließlich Nullsätze) als die in diesem Abkommen vorgesehenen, dann ersetzen diese Sätze automatisch die Sätze dieses Abkommens mit dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens zwischen Vietnam und diesem anderen Staat.

#### **2. Zu Artikel 11:**

Ungeachtet der Bestimmung in Artikel 11 Absatz 2 wird der dort genannte Prozentsatz auf 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen begrenzt, solange die Republik Österreich nach ihrem Steuerrecht keine Quellensteuer auf Zinsen erhebt, die an in Vietnam ansässige Personen gezahlt werden.

#### **3. Zu Artikel 21 Absatz 4:**

Die in dieser Bestimmung angeführten Bezüge sind bei Ermittlung des Progressionsvorbehalts außer Ansatz zu lassen.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezuhörig Bevollmächtigten beider Regierungen das Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 2. Juni 2008, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, vietnamesischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

## **Annex**

### **Zu Artikel 7:**

- a) Einer Bauausführung oder Montage dürfen in dem Vertragsstaat, in dem sich die Betriebsstätte befindet, nur solche Gewinne zugerechnet werden, die ein Ergebnis dieser Tätigkeiten selbst sind. Werden im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten oder davon unabhängig vom Hauptsitz oder einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens oder einer dritten Person Maschinen oder Anlagen geliefert, so wird der Wert dieser Lieferungen den Einkünften der Bauausführung oder Montage nicht zugerechnet.
- b) Einkünfte, die auf Planungs-, Projektierungs-, Konstruktions- oder Forschungsarbeiten sowie technische Dienstleistungen entfallen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in diesem Staat erbringt und die im Zusammenhang mit einer im anderen Vertragsstaat unterhaltenen Betriebsstätte stehen, werden dieser Betriebsstätte nicht zugerechnet.

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

---

Jahrgang 2009

Ausgegeben am 16. Dezember 2009

Teil III

---

**135. Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll und Annex**  
(NR: GP XXIV RV 16 AB 71 S. 14. BR: AB 8060 S. 767.)

---

### 135.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Der Abschluss des gegenständlichen Staatsvertrages samt Protokoll und Annex wird gemäß Art. 50 Abs. 1 Z 1 B-VG genehmigt.

**Abkommen zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen samt Protokoll und Annex**

[Abkommenstext in deutscher Sprache siehe Anlagen]

[Abkommenstext in englischer Sprache siehe Anlagen]

[Abkommenstext in vietnamesischer Sprache siehe Anlagen]

Die Mitteilungen gemäß Art. 28 Abs. 1 des Abkommens wurden am 16. Oktober 2008 bzw. 14. Oktober 2009 abgegeben; das Abkommen tritt gemäß derselben Bestimmung mit 1. Jänner 2010 in Kraft.

**Faymann**

**ABKOMMEN ZWISCHEN  
DER REGIERUNG DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND  
DER REGIERUNG DER SOZIALISTISCHEN REPUBLIK VIETNAM  
ZUR VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEuerung UND ZUR  
VERHINDERUNG DER STEUERUMGEHUNG AUF DEM GEBIETE  
DER STEUERN VOM EINKOMMEN  
UND VOM VERMÖGEN**

Die Regierung der Republik Österreich und die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam, von dem Wunsche geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen,

haben Folgendes vereinbart:

## Artikel 1

### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE PERSONEN**

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

## Artikel 2

### **UNTER DAS ABKOMMEN FALLENDE STEUERN**

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den bestehenden Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören insbesondere:

a) in Österreich:

i) die Einkommensteuer;

ii) die Körperschaftsteuer;

iii) die Grundsteuer;

iv) die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben;

v) die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken;

(im Folgenden als "österreichische Steuer" bezeichnet);

b) in Vietnam:

i. die Einkommensteuer von Personen; und

ii. die Einkommensteuer von Unternehmen (einschließlich der Steuern für „foreign contractors“ und „foreign subcontractors“);

(im Folgenden als "vietnamesische Steuer" bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.

### Artikel 3

#### **ALLGEMEINE BEGRIFFSBESTIMMUNGEN**

- (1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,
- a) bedeutet der Ausdruck "Österreich" die Republik Österreich;
  - b) bedeutet der Ausdruck "Vietnam" die Sozialistische Republik Vietnam und im geographischen Sinne verwendet das Hoheitsgebiet Vietnams, die Inseln, Inlandsgewässer, Hoheitsgewässer und den darüber liegenden Luftraum, die Meeresgebiete jenseits der Hoheitsgewässer einschließlich des dazugehörigen Meeresgrundes und Meeresuntergrundes über die die Sozialistische Republik Vietnam in Übereinstimmung mit innerstaatlichem und internationalen Recht Souveränität, Hoheitsrechte und Jurisdiktion ausübt;
  - c) bedeuten die Ausdrücke "ein Vertragsstaat" und "der andere Vertragsstaat", je nach dem Zusammenhang, Österreich oder Vietnam;
  - d) umfasst der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
  - e) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
  - f) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person betrieben wird;
  - g) bedeutet der Ausdruck "internationaler Verkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
  - h) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde"
    - (i) in Österreich: den Bundesminister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
    - (ii) in Vietnam: den Minister für Finanzen oder dessen bevollmächtigten Vertreter;
  - i) bedeutet der Ausdruck "Staatsangehöriger"
    - (i) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit eines Vertragsstaats besitzt;
    - (ii) jede juristische Person, Personengesellschaft und andere Personenvereinigung, die nach dem in einem Vertragsstaat geltenden Recht errichtet worden ist;

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem

Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.

#### Artikel 4

### **ANSÄSSIGE PERSON**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung, des Ortes ihrer Eintragung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt Folgendes:

- a) Die Person gilt als nur in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) ist die Person Staatsangehöriger beider Staaten oder keines der Staaten, so werden sich die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten bemühen, die Frage in gegenseitigem Einvernehmen zu regeln.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als nur in dem Staat ansässig in dem sich der Ort der Eintragung befindet. Befindet sich jedoch der Ort der Eintragung dieser Person in einem Staat und der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung im anderen Staat, so entscheiden die zuständigen Behörden im gegenseitigen Einvernehmen, in welchem Staat die Person als ansässig für Zwecke dieses Abkommens angesehen wird. Ohne ein derartiges Einvernehmen für Zwecke dieses Abkommens wird die Person in jedem Vertragsstaat nicht als ansässige Person des anderen Vertragsstaats angesehen.

## Artikel 5

### **BETRIEBSTÄTTE**

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt,
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen, und
- h) eine Anlage oder Ausrüstung für die Erforschung von Bodenschätzen.

(3) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfasst ferner eine Bauausführung oder Montage, oder damit zusammenhängende Aufsichtstätigkeiten, wenn die Dauer der Bauausführung, Montage oder Aufsichtstätigkeit sechs Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung oder Ausstellung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung oder Ausstellung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;
- f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter lit. a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt,

dass die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 7 - in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats tätig, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebstätte, wenn diese Person,

a) in einem Vertragsstaat die Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und sie die Vollmacht dort gewöhnlich ausübt, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebstätte machen; oder

b) keine solche Vollmacht besitzt, aber gewöhnlich im erstgenannten Staat Bestände von Gütern oder Waren unterhält von denen sie regelmäßig Güter oder Waren im Namen des Unternehmens ausliefert.

(6) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels, wird ein Versicherungsunternehmen eines Vertragsstaats, außer in Bezug auf Rückversicherung, so behandelt, als habe es eine Betriebstätte im anderen Vertragsstaat, wenn es auf dem Gebiet des anderen Staates durch eine Person, mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 7, Prämien einhebt oder dort belegene Risiken versichert.

(7) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln. Werden die Tätigkeiten eines solchen Vertreters jedoch ausschließlich oder fast ausschließlich für dieses Unternehmen ausgeübt, so gilt er nicht als unabhängiger Vertreter im Sinne dieses Absatzes.

(8) Allein dadurch, dass eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebstätte der anderen.

## Artikel 6

### **EINKÜNFTE AUS UNBEWEGLICHEM VERMÖGEN**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Betrieben) bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfasst in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung

von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

## Artikel 7

### **UNTERNEHMENSGEWINNE**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so dürfen die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Geschäftstätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind. Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebsstätte an den Hauptsitz oder an eine andere Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder anderen ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, in Form von Provisionen für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die der Betriebsstätte gewährt wurden, gezahlt werden, sind jedoch nicht zum Abzug zugelassen. Dementsprechend sind Beträge (ausgenommen solche zum Ersatz tatsächlich entstandener Aufwendungen), die von der Betriebsstätte dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle des Unternehmens in Form von Lizenzgebühren, Entgelten oder anderen ähnlichen Zahlungen für die Benutzung von Patenten oder anderen Rechten, in Form von Provisionen für die Erbringung bestimmter Leistungen oder für die Leitung oder, ausgenommen bei Bankunternehmen, in Form von Zinsen für Darlehen, die dem Hauptsitz oder einer anderen Geschäftsstelle des Unternehmens gewährt wurden, in Rechnung gestellt werden, bei der Ermittlung der Gewinne dieser Betriebsstätte nicht zu berücksichtigen.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, dass dieser Vertragsstaat die zu

besteuernden Gewinne nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die gewählte Gewinnaufteilung muss jedoch derart sein, dass das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, dass ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(6) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

#### Artikel 8

### **SEESCHIFFFAHRT UND LUFTFAHRT**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(2) Absatz 1 gilt auch für Gewinne aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstelle.

#### Artikel 9

### **VERBUNDENE UNTERNEHMEN**

(1) Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet - und entsprechend besteuert -, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden,

so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmungen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.

#### Artikel 10

#### **DIVIDENDEN**

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Einkünfte der Nutzungsberechtigte der Dividenden ist, nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (ausgenommen Personengesellschaften) ist, die unmittelbar über mindestens 70 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft (ausgenommen Personengesellschaften) ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- c) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in Bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genussaktien oder Genussscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(5) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, dass diese Dividenden an eine im anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder dass die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer im anderen Staat gelegenen Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete

Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus im anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

## Artikel 11

### ZINSEN

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Zinsen dürfen jedoch auch in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Einkünfte der Nutzungsberechtigte der Zinsen ist, 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen nicht übersteigen.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 können Zinsen im Sinne des Absatzes 1 nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Empfänger ansässig ist, wenn der Empfänger der Zinsen der Nutzungsberechtigte ist und:

- a) dieser Staat, seine Zentralbank oder eine seiner Gebietskörperschaften ist;
- b) die Zinsen von dem Staat, aus dem die Zinsen stammen, oder von einer seiner Gebietskörperschaften oder öffentlich-rechtlichen Stellen gezahlt werden;
- c) die Zinsen für Darlehen geleistet werden, die gewährt, garantiert oder besichert werden, oder für sonstige Forderungen oder Kredite geleistet werden, die garantiert oder besichert werden:
  - (i) in Österreich: von der Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft;
  - (ii) in Vietnam: von der vietnamesischen Entwicklungsbank.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestattet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und aus Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(5) Die Absätze 1, 2 und 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(6) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der

Betriebstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebstätte oder feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebstätte oder feste Einrichtung liegt.

(7) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

## Artikel 12

### **LIZENZGEBÜHREN UND VERGÜTUNGEN FÜR TECHNISCHE DIENSTLEISTUNGEN**

(1) Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, dürfen in dem Vertragsstaat, aus dem sie stammen, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren oder der Vergütungen der technischen Dienstleistungen der Nutzungsberechtigte ist, nicht übersteigen:

- a) im Fall von Lizenzgebühren 10 vom Hundert des Bruttobetrags der Lizenzgebühren,
- b) im Fall von Vergütungen für technische Dienstleistungen 7,5 vom Hundert des Bruttobetrags der Vergütungen.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken (einschließlich kinematographischer Filme und Filme und Bänder für Rundfunk oder Fernsehen), von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Der in diesem Artikel verwendete Begriff "Vergütungen für technische Dienstleistungen" bedeutet Zahlungen jeder Art an Personen, ausgenommen Arbeitnehmer des Schuldners der Zahlung, für Dienstleistungen auf den Gebieten der Geschäftsleitung, der Technik oder der Beratung, die in dem Vertragsstaat erbracht werden, in dem der Schuldner ansässig ist.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte, Vermögenswerte oder Verträge, für die die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebstätte oder feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung, für Zwecke dieser Betriebstätte oder festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebstätte oder feste Einrichtung diese Zahlungen, so gelten die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebstätte oder feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren oder Vergütungen für technische Dienstleistungen, aus welchem Grund auch immer, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

### Artikel 13

#### **GEWINNE AUS DER VERÄUSSERUNG VON VERMÖGEN**

(1) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels 6 bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(3) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen Verkehr betrieben werden, und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist.

(4) Gewinne, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung von Anteilen oder vergleichbaren Beteiligungen an einer Gesellschaft bezieht, deren Vermögen zur Gänze oder hauptsächlich aus im anderen Vertragsstaat gelegenen unbeweglichen Vermögen besteht, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

(5) Gewinne aus der Veräußerung einer Beteiligung von Anteilen im Ausmaß von mindestens 25 vom Hundert an einer in einem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft, die nicht unter Absatz 4 fallen, dürfen in diesem Staat besteuert werden.

(6) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1, 2, 3, 4 und 5 nicht genannten Vermögens dürfen nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

#### Artikel 14

### **SELBSTÄNDIGE ARBEIT**

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus einer sonstigen selbständigen Tätigkeit bezieht, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden, ausgenommen unter den folgenden Umständen, bei denen diese Einkünfte auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden dürfen:

- a) Wenn sie im anderen Vertragsstaat für die Ausübung ihrer Tätigkeit gewöhnlich über eine feste Einrichtung verfügt; die Einkünfte dürfen jedoch in diesem Fall nur insoweit im anderen Vertragsstaat besteuert werden, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können; oder
- b) wenn sie sich im anderen Vertragsstaat insgesamt 183 Tage oder länger während des betreffenden Steuerjahres aufhält; die Einkünfte dürfen jedoch in diesem Fall nur insoweit im anderen Vertragsstaat besteuert werden, als sie für die in diesem Vertragsstaat ausgeübte Tätigkeiten bezogen werden.

(2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfasst insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

#### Artikel 15

### **EINKÜNFTE AUS UNSELBSTÄNDIGER ARBEIT**

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18, 19 und 20 dürfen Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, die Arbeit wird im anderen Vertragsstaat ausgeübt. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so dürfen die dafür bezogenen Vergütungen im anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 dürfen Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt werden, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen werden, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels dürfen Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges, das im internationalen Verkehr von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, nur in diesem Staat besteuert werden.

#### Artikel 16

### **AUFSICHTSRATS- UND VERWALTUNGSRATSVERGÜTUNGEN**

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, dürfen im anderen Staat besteuert werden.

#### Artikel 17

### **KÜNSTLER UND SPORTLER**

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 dürfen Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker, oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so dürfen diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler seine Tätigkeit ausübt.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 dürfen Einkünfte, die ein in einem Vertragsstaat ansässiger Künstler oder Sportler aus einer Tätigkeit im anderen Vertragsstaat im Rahmen eines zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten vereinbarten Kulturaustauschprogramms bezieht, in diesem anderen Vertragsstaat nicht besteuert werden.

#### Artikel 18

### **RUHEGEHÄLTER**

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 2 dürfen Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

## Artikel 19

### **ÖFFENTLICHER DIENST**

- (1) a) Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, ausgenommen Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Gehälter, Löhne und ähnlichen Vergütungen dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die Dienste in diesem Staat geleistet werden und die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und
- (i) ein Staatsangehöriger dieses Staates ist oder
  - (ii) nicht ausschließlich deshalb in diesem Staat ansässig geworden ist, um die Dienste zu leisten.
- (2) a) Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts oder aus einem von diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat, der Gebietskörperschaft oder der Körperschaft des öffentlichen Rechts geleisteten Dienste gezahlt werden, dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.
- b) Diese Ruhegehälter dürfen jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn die natürliche Person in diesem Staat ansässig ist und ein Staatsangehöriger dieses Staates ist.
- (3) Auf Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer Geschäftstätigkeit eines Vertragsstaats, einer seiner Gebietskörperschaften oder Körperschaften des öffentlichen Rechts erbracht werden, sind die Artikel 15, 16, 17 und 18 anzuwenden.

## Artikel 20

### **STUDENTEN, PRAKTIKANTEN UND LEHRLINGE**

- (1) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen in diesem Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.
- (2) Vergütungen, die ein Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war, für eine Beschäftigung erhält, die er in dem anderen Vertragsstaat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Steuerjahres ausübt, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, wenn die Beschäftigung

in unmittelbarem Zusammenhang mit seinen im erstgenannten Staat ausgeübten Studien oder seiner dort ausgeübten Ausbildung steht.

#### Artikel 21

### **ANDERE EINKÜNFTE**

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, dürfen ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

(2) Absatz 1 ist auf andere Einkünfte als solche aus unbeweglichem Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger im anderen Vertragsstaat eine Geschäftstätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Einkünfte gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 oder Artikel 14 anzuwenden.

(3) Ungeachtet der Absätze 1 und 2 dürfen Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln dieses Abkommens nicht behandelt wurden und die aus dem anderen Vertragsstaat stammen, auch im anderen Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Einkünfte auf Grund gesetzlicher Versorgungsrechtsansprüche, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus dem anderen Vertragsstaat bezieht, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, wenn sie nach dem Recht des anderen Vertragsstaats von der Besteuerung ausgenommen wären.

#### Artikel 22

### **VERMÖGEN**

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, darf im anderen Staat besteuert werden.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, darf im anderen Staat besteuert werden.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem Unternehmen eines Vertragsstaats im internationalen Verkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe oder Luftfahrzeuge dient, dürfen nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person dürfen nur in diesem Staat besteuert werden.

### Artikel 23

#### **VERMEIDUNG DER DOPPELBESTEUERUNG**

(1) In Österreich wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte oder hat sie Vermögen und dürfen diese Einkünfte oder dieses Vermögen nach diesem Abkommen in Vietnam besteuert werden, so nimmt Österreich vorbehaltlich der lit. b und c, diese Einkünfte oder dieses Vermögen von der Besteuerung aus.
- b) Bezieht eine in Österreich ansässige Person Einkünfte, die nach den Artikeln 10 11, 12, Artikel 13 Absätze 4 und 5 und Artikel 21 Absatz 3 in Vietnam besteuert werden dürfen, so rechnet Österreich auf die vom Einkommen dieser Person zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Vietnam gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vor der Anrechnung ermittelten Steuer nicht übersteigen, der auf die aus Vietnam bezogenen Einkünfte entfällt.
- c) Einkünfte oder Vermögen einer in Österreich ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Österreich auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Österreich bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(2) In Vietnam, wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

- a) Bezieht eine in Vietnam ansässige Person Einkünfte, Gewinne oder Erträge, die nach österreichischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen in Österreich besteuert werden, so rechnet Vietnam auf seine vom Einkommen, den Gewinnen oder Erträgen zu erhebende Steuer den Betrag an, der der in Österreich gezahlten Steuer entspricht. Der anzurechnende Betrag darf jedoch den Teil der vietnamesischen Steuer von diesem Einkommen, den Gewinnen oder Erträgen nicht übersteigen, der nach den Steuergesetzen und -vorschriften Vietnams berechnet wurde.
- b) Einkünfte oder Vermögen einer in Vietnam ansässigen Person, die nach dem Abkommen von der Besteuerung in Vietnam auszunehmen sind, dürfen gleichwohl in Vietnam bei der Festsetzung der Steuer für das übrige Einkommen oder Vermögen der Person einbezogen werden.

(3) Für Zwecke des Absatzes 1 lit. a und b dieses Artikels werden Einkünfte einer in Österreich ansässigen Person, die aus vietnamesischen Quellen stammen und in Vietnam steuerpflichtig, aber von der vietnamesischen Steuer ganz oder teilweise gemäß der vietnamesischen Gesetzgebung über Investitions- oder Entwicklungsanreize befreit sind, als ganz oder teilweise in Vietnam besteuert angesehen.

## Artikel 24

### **GLEICHBEHANDLUNG**

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen, insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit, unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(2) Die Besteuerung einer Betriebstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen auf Grund des Personenstandes oder der Familienlasten zu gewähren, die er seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9 Absatz 1, Artikel 11 Absatz 7 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren, Vergütungen für technische Dienstleistungen und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

(5) Dieser Artikel gilt nur für Steuern, die Gegenstand dieses Abkommens sind.

## Artikel 25

### **VERSTÄNDIGUNGSVERFAHREN**

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, unterbreiten. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren, gegebenenfalls auch durch eine aus ihnen oder ihren Vertretern bestehende gemeinsame Kommission.

#### Artikel 26

### **INFORMATIONSAUSTAUSCH**

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern, erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die auf Grund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsmitteln hinsichtlich der in Satz 1 genannten Steuern befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offen legen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung dem Ordre public oder den von einem Staat gewährten Grundrechten, insbesondere auf dem Gebiete des Datenschutzes, widerspräche.

Artikel 27

**MITGLIEDER DIPLOMATISCHER MISSIONEN UND KONSULARISCHER  
VERTRETUNGEN**

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den Mitgliedern diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts oder auf Grund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

**IN-KRAFT-TRETEN**

(1) Die Regierungen der Vertragsstaaten teilen einander den Abschluss des nach innerstaatlichem Recht für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen Verfahrens mit. Dieses Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, nach dem die spätere der beiden Mitteilungen erfolgt und seine Bestimmungen finden daraufhin Anwendung:

(2) a) in Bezug auf die an der Quelle erhobenen Steuern auf Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen, auf Beträge die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres gezahlt oder angerechnet werden, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt;

b) in Bezug auf andere Steuern auf Steuern, die für Steuerjahre erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das jenem unmittelbar folgt, in dem das Abkommen in Kraft tritt.

Artikel 29

**KÜNDIGUNG**

(1) Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, aber jeder Vertragsstaat kann am oder vor dem 30. Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich die Kündigung mitteilen und in diesem Fall findet das Abkommen nicht mehr Anwendung:

(2) a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren und Vergütungen für technische Dienstleistungen auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres gezahlt oder angerechnet werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;

b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Steuerjahre erhoben werden, die am oder nach dem 1. Jänner des Kalenderjahres beginnen, das auf das Kündigungsjahr folgt.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten beider Regierungen das Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 2. Juni 2008, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, vietnamesischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Regierung der  
Republik Österreich:  
Hans Winkler m.p.

Für die Regierung der  
Sozialistischen Republik Vietnam:  
Phạm Sỹ Danh m.p.

## PROTOKOLL

Bei der Unterzeichnung des heute zwischen der Regierung der Republik Österreich und der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam abgeschlossenen Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerumgehung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sind die Gefertigten übereingekommen, dass die folgenden Bestimmungen einen integrierenden Bestandteil des Abkommens bilden:

### **1. Zu Artikel 10, 11 und 12:**

Sollte Vietnam nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung mit einem anderen Staat, der Mitglied der Europäischen Union ist, unterzeichnen, und enthält dieses Abkommen niedrigere Quellensteuersätze (einschließlich Nullsätze) als die in diesem Abkommen vorgesehenen, dann ersetzen diese Sätze automatisch die Sätze dieses Abkommens mit dem Tag des Inkrafttretens des Abkommens zwischen Vietnam und diesem anderen Staat.

### **2. Zu Artikel 11:**

Ungeachtet der Bestimmung in Artikel 11 Absatz 2 wird der dort genannte Prozentsatz auf 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Zinsen begrenzt, solange die Republik Österreich nach ihrem Steuerrecht keine Quellensteuer auf Zinsen erhebt, die an in Vietnam ansässige Personen gezahlt werden.

### **3. Zu Artikel 21 Absatz 4:**

Die in dieser Bestimmung angeführten Bezüge sind bei Ermittlung des Progressionsvorbehalts außer Ansatz zu lassen.

ZU URKUND DESSEN haben die hiezu gehörig Bevollmächtigten beider Regierungen das Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 2. Juni 2008, in zweifacher Ausfertigung, jede in deutscher, vietnamesischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Zweifel ist der englische Text maßgeblich.

Für die Regierung der  
Republik Österreich:  
Hans Winkler m.p.

Für die Regierung der  
Sozialistischen Republik Vietnam:  
Phạm Sỹ Danh m.p.

## **Annex**

### **Zu Artikel 7:**

a) Einer Bauausführung oder Montage dürfen in dem Vertragsstaat, in dem sich die Betriebsstätte befindet, nur solche Gewinne zugerechnet werden, die ein Ergebnis dieser Tätigkeiten selbst sind. Werden im Zusammenhang mit diesen Tätigkeiten oder davon unabhängig vom Hauptsitz oder einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens oder einer dritten Person Maschinen oder Anlagen geliefert, so wird der Wert dieser Lieferungen den Einkünften der Bauausführung oder Montage nicht zugerechnet.

b) Einkünfte, die auf Planungs-, Projektierungs-, Konstruktions- oder Forschungsarbeiten sowie technische Dienstleistungen entfallen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in diesem Staat erbringt und die im Zusammenhang mit einer im anderen Vertragsstaat unterhaltenen Betriebsstätte stehen, werden dieser Betriebsstätte nicht zugerechnet.

**AGREEMENT BETWEEN  
THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE  
GOVERNMENT OF THE SOCIALIST REPUBLIC OF VIETNAM FOR  
THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION AND THE PREVENTION  
OF FISCAL EVASION  
WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND ON CAPITAL**

The Government of the Republic of Austria and the Government of the Socialist Republic of Vietnam, desiring to conclude an Agreement for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and on capital,

Have agreed as follows:

Article 1

**PERSONS COVERED**

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2**TAXES COVERED**

(1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed on behalf of a Contracting State or of its political subdivisions or local authorities, irrespective of the manner in which they are levied.

(2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property, taxes on the total amounts of wages or salaries paid by enterprises, as well as taxes on capital appreciation.

(3) The existing taxes to which the Agreement shall apply are in particular:

a) in Austria:

- i. the income tax (die Einkommensteuer);
  - ii. the corporation tax (die Körperschaftsteuer);
  - iii. the land tax (die Grundsteuer);
  - iv. the tax on agricultural and forestry enterprises (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
  - v. the tax on the value of vacant plots (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);
- (hereinafter referred to as "Austrian tax");

b) in Vietnam:

- i. the personal income tax; and
  - ii. the business income tax (including business income tax on foreign contractors and foreign subcontractors);
- (hereinafter referred to as "Vietnamese tax").

(4) The Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of the Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other of any significant changes that have been made in their taxation laws.

### Article 3

#### **GENERAL DEFINITIONS**

(1) For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:

- a) the term "Austria" means the Republic of Austria;
- b) the term "Vietnam" means the Socialist Republic of Vietnam; when used in a geographical sense, it means its land territory, islands, internal waters, territorial sea and airspace above them, the maritime areas beyond territorial sea including seabed and subsoil thereof over which the Socialist Republic of Vietnam exercises sovereignty, sovereign rights and jurisdiction in accordance with national legislation and international law;
- c) the terms "Contracting State" and "the other Contracting State" mean Austria or Vietnam, as the context requires;
- d) the term "person" includes an individual, a company and any other body of persons;
- e) the term "company" means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
- f) the terms "enterprise of a Contracting State" and "enterprise of the other Contracting State" mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State and an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
- g) the term "international traffic" means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
- h) the term "competent authority" means:
  - (i) in Austria: the Federal Minister of Finance or his authorised representative;
  - (ii) in Vietnam: the Minister of Finance or his authorised representative;
- i) the term "national", in relation to a Contracting State, means:
  - (i) any individual possessing the nationality of that Contracting State; and
  - (ii) any legal person, partnership or association deriving its status as such from the laws in force in that Contracting State;

(2) As regards the application of the Agreement at any time by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has at that time under the law of that State for the purposes of the taxes to which the Agreement applies, any meaning under the applicable tax laws of that State prevailing over a meaning given to the term under other laws of that State.

Article 4**RESIDENT**

(1) For the purposes of this Agreement, the term "resident of a Contracting State" means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, residence, place of management, place of registration or any other criterion of a similar nature. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.

(2) Where by reason of the provisions of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then his status shall be determined as follows:

- a) he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident only of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) if the State in which he has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) if he has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident only of the State of which he is a national;
- d) if he is a national of both States or of neither of them, the competent authorities of the Contracting States shall endeavour to settle the question by mutual agreement.

(3) Where by reason of the provisions of paragraph 1, a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the State in which its place of registration is situated. However, where such person has its place of registration in one of the States and its place of effective management in the other State, then the competent authorities of the Contracting States shall determine by mutual agreement the State of which the person shall be deemed to be a resident for the purposes of this Agreement. In the absence of such mutual agreement for the purposes of this Agreement, the person shall in each Contracting State be deemed not to be a resident of the other Contracting State.

Article 5**PERMANENT ESTABLISHMENT**

(1) For the purposes of this Agreement, the term "permanent establishment" means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

(2) The term "permanent establishment" includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop;
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or any other place of extraction of natural resources; and
- g) an installation structure, or equipment used for the exploration of natural resources.

(3) The term "permanent establishment" likewise encompasses a building site, construction, assembly or installation project or supervisory activities in connection therewith, but only where such site, project or activities continue for a period of more than six months.

(4) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, the term "permanent establishment" shall be deemed not to include:

- a) the use of facilities solely for the purpose of storage or display of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage or display;
- c) the maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;
- d) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of collecting information for the enterprise;
- e) the maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) the maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in sub-paragraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

(5) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, where a person - other than an agent of an independent status to whom paragraph 7 applies - is acting in a Contracting State on behalf of an enterprise of the other Contracting State, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in the first-mentioned Contracting State in respect of any activities which that person undertakes for the enterprise, if such a person:

- a) has and habitually exercises in that State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph; or
- b) has no such authority, but habitually maintains in the first-mentioned State a stock of goods or merchandise from which he regularly delivers goods or merchandise on behalf of the enterprise.

(6) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, an insurance enterprise of a Contracting State shall, except in regard to re-insurance, be deemed to have a permanent establishment in the other Contracting State if it collects premiums in the territory of that other State or insures risks situated therein through a person other than an agent of an independent status to whom paragraph 7 applies.

(7) An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business. However, when the activities of such an agent are devoted wholly or almost wholly on behalf of that enterprise, he will not be considered an agent of an independent status within the meaning of this paragraph.

(8) The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself constitute either company a permanent establishment of the other.

Article 6**INCOME FROM IMMOVABLE PROPERTY**

(1) Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) The term "immovable property" shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the working of, or the right to work, mineral deposits, sources and other natural resources; ships, boats and aircraft shall not be regarded as immovable property.

(3) The provisions of paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or use in any other form of immovable property.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and to income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7**BUSINESS PROFITS**

(1) The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State but only so much of them as is attributable to that permanent establishment.

(2) Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

(3) In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, whether in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere. However, no such deduction shall be allowed in respect of amounts, if any, paid (otherwise than towards reimbursement of actual expenses) by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its other offices, by way of royalties, fees or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission, for specific services performed or for management, or, except in the case of a banking enterprise, by way of interest on moneys lent to the permanent establishment. Likewise, no account shall be taken, in the determination of the profits of a permanent establishment, for amounts charged (otherwise than towards reimbursement of actual expenses), by the permanent establishment to the head office of the enterprise or any of its other offices, by way of royalties, fees or other similar payments in return for the use of patents or other rights, or by way of commission for specific services performed or for management, or, except in the case of a banking enterprise by way of interest on moneys lent to the head office of the enterprise or any of its other offices.

(4) Insofar as it has been customary in a Contracting State to determine the profits to be attributed to a permanent establishment on the basis of an apportionment of the total profits of the enterprise to its various parts, nothing in paragraph 2 shall preclude that Contracting State from determining the profits to be taxed by such an apportionment as may be customary; the method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this Article.

(5) For the purposes of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

(6) Where profits include items of income which are dealt with separately in other Articles of this Agreement, then the provisions of those Articles shall not be affected by the provisions of this Article.

Article 8

**SHIPPING AND AIR TRANSPORT**

(1) Profits derived by an enterprise of a Contracting State from the operation of ships or aircraft in international traffic shall be taxable only in that Contracting State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall also apply to profits from the participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9**ASSOCIATED ENTERPRISES**

## (1) Where

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

(2) Where a Contracting State includes in the profits of an enterprise of that State - and taxes accordingly - profits on which an enterprise of the other Contracting State has been charged to tax in that other State and the profits so included are profits which would have accrued to the enterprise of the first-mentioned State if the conditions made between the two enterprises had been those which would have been made between independent enterprises, then that other State shall make an appropriate adjustment to the amount of the tax charged therein on those profits. In determining such adjustment, due regard shall be had to the other provisions of this Agreement and the competent authorities of the Contracting States shall if necessary consult each other.

## Article 10

### **DIVIDENDS**

(1) Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such dividends may also be taxed in the Contracting State of which the company paying the dividends is a resident and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the dividends the tax so charged shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the recipient is a company (excluding partnerships) which owns directly at least 70 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- b) 10 per cent of the gross amount of the dividends if the recipient is a company (excluding partnerships) which owns directly at least 25 per cent of the capital of the company paying the dividends;
- c) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

(3) The term "dividends" as used in this Article means income from shares, "jouissance" shares or "jouissance" rights, mining shares, founders' shares or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

(4) The provisions of paragraphs 1 and 2 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or a fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

## Article 11

### **INTEREST**

(1) Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) However, such interest may also be taxed in the Contracting State in which it arises, and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the interest the tax so charged shall not exceed 10 per cent of the gross amount of the interest.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 2, interest referred to in paragraph 1 shall be taxable only in the Contracting State of which the recipient is a resident if the beneficial owner of the interest is a resident of that State, and:

- a) is that State or the central bank, a political subdivision or local authority thereof;
- b) if the interest is paid by the State in which the interest arises or by a political subdivision, a local authority or statutory body thereof;
- c) if the interest is paid in respect of a loan made, guaranteed or insured, or any other debt-claim or credit guaranteed or insured, by:
  - (i) in the case of Austria: the Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft;
  - (ii) in the case of Vietnam: the Vietnam Development Bank.

(4) The term "interest" as used in this Article means income from debt-claims of every kind, whether or not secured by mortgage and whether or not carrying a right to participate in the debtor's profits, and in particular, income from government securities and income from bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this Article.

(5) The provisions of paragraphs 1, 2 and 3 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises, through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(6) Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a political subdivision, or a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(7) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having

regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12**ROYALTIES AND FEES FOR TECHNICAL SERVICES**

(1) Royalties and fees for technical services arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may be taxed in the Contracting State in which they arise and according to the laws of that State, but if the recipient is the beneficial owner of the royalties or of the fees for technical services the tax so charged shall not exceed:

- a) in the case of royalties 10 per cent of the gross amount of such royalties,
- b) in the case of fees for technical services 7.5 per cent of the gross amount of such fees.

(2) The term "royalties" as used in this Article means payments of any kind received as a consideration for the use of, or the right to use, any copyright of literary, artistic or scientific work (including cinematographic films and films or tapes for radio or television broadcasting), any patent, trade mark, design or model, plan, secret formula or process, or for the use of, or the right to use, industrial, commercial, or scientific equipment, or for information concerning industrial, commercial or scientific experience.

(3) The term "fees for technical services" as used in this Article means payments of any kind to any person, other than payments to an employee of the person making the payments, in consideration for any services of a managerial, technical or consultancy nature rendered in the Contracting State of which the payer is a resident.

(4) The provisions of paragraph 1 of this Article shall not apply if the beneficial owner of the royalties or fees for technical services, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties or fees for technical services arise through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right, property or contract in respect of which the royalties or fees for technical services are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case, the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(5) Royalties and fees for technical services shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State itself, a political subdivision, a local authority or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties or fees for technical services, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with which the obligation to make the payments was incurred, and the payments are borne by that permanent establishment or fixed base, then the royalties or fees for technical services shall be deemed to arise in the Contracting State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

(6) Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties or fees for technical services paid exceeds, for whatever reason, the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this Article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13**GAINS FROM THE ALIENATION OF PROPERTY**

(1) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property referred to in Article 6 and situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

(2) Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such fixed base, may be taxed in that other State.

(3) Gains from the alienation of ships or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State in international traffic or movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that Contracting State of which the enterprise is a resident.

(4) Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of shares or comparable interests in a company, the assets of which consist wholly or principally of immovable property situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(5) Gains from the alienation of a participation of 25 percent or more in shares, other than those mentioned in paragraph 4, in a company which is a resident of a Contracting State may be taxed in that State.

(6) Gains from the alienation of any property, other than that referred to in paragraphs 1, 2, 3, 4 and 5, shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14**INDEPENDENT PERSONAL SERVICES**

(1) Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable only in that State except in the following circumstances, when such income may also be taxed in the other Contracting State:

- a) If he has a fixed base regularly available to him in the other Contracting State for the purpose of performing his activities; in that case, only so much of the income as is attributable to that fixed base may be taxed in that other Contracting State; or
- b) If his stay in the other Contracting State is for a period or periods amounting to or exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned; in that case, only so much of the income as is derived from his activities performed in that other State may be taxed in that State.

(2) The term "professional services" includes especially independent scientific, literary, artistic, educational or teaching activities as well as the independent activities of physicians, lawyers, engineers, architects, dentists and accountants.

Article 15

**DEPENDENT PERSONAL SERVICES**

(1) Subject to the provisions of Articles 16, 18, 19 and 20 salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable only in that State unless the employment is exercised in the other Contracting State. If the employment is so exercised, such remuneration as is derived therefrom may be taxed in that other State.

(2) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if:

- a) the recipient is present in the other State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned, and
- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State, and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

(3) Notwithstanding the preceding provisions of this Article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 16

**DIRECTORS' FEES**

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17

**ARTISTES AND SPORTSMEN**

(1) Notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State as an entertainer, such as a theatre, motion picture, radio or television artiste, or a musician, or as a sportsman, from his personal activities as such exercised in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of Articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, income derived by entertainers or sportsmen who are residents of a Contracting State from activities in the other Contracting State under a plan of cultural exchange between the Governments of both Contracting States shall be exempt from tax in that other Contracting State.

Article 18

**PENSIONS**

Subject to the provisions of paragraph 2 of Article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 19

**GOVERNMENT SERVICE**

- (1) a) Salaries, wages and other similar remuneration, other than a pension, paid by a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a statutory body thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision, authority or body shall be taxable only in that State.  
  
b) However, such salaries, wages and other similar remuneration shall be taxable only in the other Contracting State if the services are rendered in that State and the individual is a resident of that State who:
  - (i) is a national of that State; or
  - (ii) did not become a resident of that State solely for the purpose of rendering the services.
  
- (2) a) Any pension paid by, or out of funds created by, a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a statutory body thereof to an individual in respect of services rendered to that State or subdivision, authority or body shall be taxable only in that State.  
  
b) However, such pension shall be taxable only in the other Contracting State if the individual is a resident of, and a national of, that State.
  
- (3) The provisions of Articles 15, 16, 17 and 18 shall apply to salaries, wages and other similar remuneration, and to pensions, in respect of services rendered in connection with a business carried on by a Contracting State or a political subdivision, a local authority or a statutory body thereof.

Article 20

**STUDENTS AND APPRENTICES**

(1) Payments which a student or business apprentice who is or was immediately before visiting a Contracting State a resident of the other Contracting State and who is present in the first-mentioned State solely for the purpose of his education or training receives for the purpose of his maintenance, education or training shall not be taxed in that State, provided that such payments arise from sources outside that State.

(2) Remuneration which a student or business apprentice who is or was formerly a resident of a Contracting State derives from an employment which he exercises in the other Contracting State for a period or periods not exceeding in the aggregate 183 days in the fiscal year concerned shall not be taxed in that other State if the employment is directly related to his studies or apprenticeship carried out in the first-mentioned State.

Article 21

**OTHER INCOME**

(1) Items of income of a resident of a Contracting State, wherever arising, not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

(2) The provisions of paragraph 1 shall not apply to income, other than income from immovable property as defined in paragraph 2 of Article 6, if the recipient of such income, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, or performs in that other State independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the income is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of Article 7 or Article 14, as the case may be, shall apply.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2, items of income of a resident of a Contracting State not dealt with in the foregoing Articles of this Agreement and arising in the other Contracting State may also be taxed in that other State.

(4) Income derived by a resident of a Contracting State from the other Contracting State under a legal claim to maintenance may not be taxed in the first-mentioned State if such income would be exempt from tax according to the laws of the other Contracting State.

Article 22

**CAPITAL**

(1) Capital represented by immovable property referred to in Article 6, owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

(2) Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State in the other Contracting State for the purpose of performing independent personal services, may be taxed in that other State.

(3) Capital represented by ships and aircraft operated in international traffic by an enterprise of a Contracting State and by movable property pertaining to the operation of such ships or aircraft, shall be taxable only in that Contracting State.

(4) All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23

**ELIMINATION OF DOUBLE TAXATION**

(1) In Austria, double taxation shall be eliminated as follows:

- a) Where a resident of Austria derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Agreement, may be taxed in Vietnam, Austria shall, subject to the provisions of subparagraphs b) and c), exempt such income or capital from tax.
- b) Where a resident of Austria derives items of income which, in accordance with the provisions of Articles 10, 11, 12, paragraphs 4 and 5 of Article 13 and paragraph 3 of Article 21, may be taxed in Vietnam, Austria shall allow as a deduction from the tax on the income of that resident an amount equal to the tax paid in Vietnam. Such deduction shall not, however, exceed that part of the tax, as computed before the deduction is given, which is attributable to such items of income derived from Vietnam.
- c) Where in accordance with any provision of the Agreement income derived or capital owned by a resident of Austria is exempt from tax in Austria, Austria may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

(2) In Vietnam, double taxation shall be eliminated as follows:

- a) Where a resident of Vietnam derives income, profits or gains which under the law of Austria and in accordance with this Agreement may be taxed in Austria, Vietnam shall allow as a credit against its tax on the income, profits or gains an amount equal to the tax paid in Austria. The amount of credit, however, shall not exceed the amount of the Vietnamese tax on that income, profits or gains computed in accordance with the taxation laws and regulations of Vietnam.
- b) Where in accordance with any provision of the Agreement income derived or capital owned by a resident of Vietnam is exempt from tax in Vietnam, Vietnam may nevertheless, in calculating the amount of tax on the remaining income or capital of such resident, take into account the exempted income or capital.

(3) For the purposes of sub-paragraphs 1(a) and 1(b) of this Article, the income derived by a resident of Austria from sources in Vietnam and taxable in Vietnam, but which is exempted from Vietnamese tax fully or partly under the Vietnamese legislation on investment or development incentives, will be considered as fully or partly taxed in Vietnam.

Article 24**NON-DISCRIMINATION**

(1) Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances, in particular with respect to residence, are or may be subjected.

(2) The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes on account of civil status or family responsibilities which it grants to its own residents.

(3) Except where the provisions of paragraph 1 of Article 9, paragraph 7 of Article 11 or paragraph 6 of Article 12 apply, interest, royalties, fees for technical services and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

(4) Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

(5) The provisions of this Article shall apply only to the taxes which are the subject of this Agreement.

Article 25**MUTUAL AGREEMENT PROCEDURE**

(1) Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his case to the competent authority of the Contracting State of which he is a resident. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of the Agreement.

(2) The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

(3) The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of the Agreement. They may also consult together for the elimination of double taxation in cases not provided for in the Agreement.

(4) The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly, including through a joint commission consisting of themselves or their representatives, for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 26

**EXCHANGE OF INFORMATION**

(1) The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for carrying out the provisions of this Agreement or of the domestic laws concerning taxes covered by the Agreement, insofar as the taxation thereunder is not contrary to the Agreement. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to the taxes referred to in the first sentence. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

(2) In no case shall the provisions of paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) to carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) to supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) to supply information which would disclose any trade, business, industrial, commercial or professional secret or trade process, or information, the disclosure of which would be contrary to public policy (ordre public) or to the fundamental rights granted by a State, in particular in the area of data protection.

Article 27

**MEMBERS OF DIPLOMATIC MISSIONS AND CONSULAR POSTS**

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges of members of diplomatic missions or consular posts under the general rules of international law or under the provisions of special agreements.

Article 28**ENTRY INTO FORCE**

(1) The Governments of the Contracting States shall notify each other of the completion of the procedures required by its law for the entry into force of this Agreement. This Agreement shall enter into force on the first day of the third month after receipt of the latter of these notifications and shall thereupon have effect:

(2) a) in the case of taxes withheld at source on dividends, interest, royalties and fees for technical services, in respect of amounts paid or credited on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement enters into force;

b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for fiscal years beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the Agreement enters into force.

Article 29

**TERMINATION**

(1) This Agreement shall continue in effect indefinitely but either Contracting State may, on or before the thirtieth day of June in any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force, give the other Contracting State, through diplomatic channels, written notice of termination and, in such event, the Agreement shall cease to have effect:

(2) a) in the case of taxes withheld at source on dividends, interest, royalties and fees for technical services, in respect of amounts paid or credited on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the notice of termination is given;

b) in the case of other taxes, in respect of taxes levied for fiscal years beginning on or after the first day of January of the calendar year next following that in which the notice of termination is given.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned, duly authorised thereto by their respective Governments, have signed this Agreement.

DONE in duplicate at Vienna on 2 June, 2008, in the German, Vietnamese and English languages, each text being equally authentic. In case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Government of  
the Republic of Austria:  
Hans Winkler m.p.

For the Government of  
the Socialist Republic of Vietnam:  
Phạm Sỹ Danh m.p.

## PROTOCOL

At the moment of signing the Agreement for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with respect to Taxes on Income and on Capital, this day concluded between the Government of the Republic of Austria and the Government of the Socialist Republic of Vietnam, the undersigned have agreed that the following provisions shall form an integral part of the Agreement.

1. With respect to Articles 10, 11 and 12:

If after the entry into force of this Agreement, Vietnam has signed an Agreement or Convention for the avoidance of double taxation with a third State which is a member of the European Union, and that Agreement or Convention contains lower withholding tax rates (including zero rates) than those provided for under this Agreement, these rates will automatically replace the rates of this Agreement, from the date of entry into force of the Convention or Agreement between Vietnam and that third State.

2. With reference to Article 11:

Notwithstanding the provisions of paragraph 2 of Article 11, as long as, according to the Austrian tax law, the Republic of Austria does not levy a tax at source on interest paid to a resident of Vietnam, the percentage provided for in this paragraph shall be reduced to 5 per cent of the gross amount of the interest.

3. With reference to paragraph 4 of Article 21:

The income mentioned in this paragraph shall not be taken into consideration when applying the exemption with progression method.

IN WITNESS WHEREOF the Undersigned, duly authorised thereto by their respective Governments, have signed this Protocol.

DONE in duplicate at Vienna on 2 June, 2008, in the German, Vietnamese and English languages, each text being equally authentic. In case of divergence of interpretation the English text shall prevail.

For the Government of  
the Republic of Austria:  
Hans Winkler m.p.

For the Government of  
the Socialist Republic of Vietnam:  
Phạm Sỹ Danh m.p.

## ANNEX

With reference to Article 7:

a) In the determination of the profits of a building site or construction, assembly or installation project there shall be attributed to that permanent establishment in the Contracting State in which the permanent establishment is situated only the profits resulting from the activities of the permanent establishment as such. If machinery or equipment is delivered from the head office or another permanent establishment of the enterprise or a third person in connection with those activities or independently therefrom there shall not be attributed to the profits of the building site or construction, assembly or installation project the value of such deliveries.

b) Income derived by a resident of a Contracting State from planning, project, construction or research activities, as well as income from technical services exercised in that State in connection with a permanent establishment situated in the other Contracting State, shall not be attributed to that permanent establishment.

**HIỆP ĐỊNH GIỮA  
CHÍNH PHỦ NƯỚC CỘNG HOÀ ÁO  
VÀ CHÍNH PHỦ NƯỚC CỘNG HOÀ XÃ HỘI CHỦ NGHĨA VIỆT NAM  
VỀ TRÁNH ĐÁNH THUẾ HAI LẦN VÀ NGĂN NGỪA VIỆC TRỐN LẬU  
THUẾ ĐỐI VỚI CÁC LOẠI THUẾ ĐÁNH VÀO THU NHẬP VÀ TÀI SẢN**

Chính phủ nước Cộng hoà Áo và Chính phủ nước Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt Nam, với mong muốn ký kết Hiệp định về tránh đánh thuế hai lần và ngăn ngừa việc trốn lậu thuế đối với các loại thuế đánh vào thu nhập và tài sản,

Đã thoả thuận dưới đây:

## Điều 1

### **Phạm vi áp dụng**

Hiệp định này được áp dụng cho các đối tượng là đối tượng cư trú của một hoặc của cả hai Nước ký kết.

## Điều 2

### **CÁC LOẠI THUẾ BAO GỒM TRONG HIỆP ĐỊNH**

(1) Hiệp định này sẽ áp dụng cho các loại thuế do một Nước ký kết hoặc một cơ quan chính quyền cơ sở hoặc chính quyền địa phương của Nước đó đánh vào thu nhập và vào tài sản, bất kể hình thức áp dụng của các loại thuế đó như thế nào.

(2) Tất cả các loại thuế thu trên tổng thu nhập, tổng tài sản hoặc những phần của thu nhập hoặc tài sản, bao gồm cả các khoản thuế đối với lợi nhuận từ việc chuyển nhượng động sản hoặc bất động sản, các khoản thuế đánh trên tổng số tiền lương hoặc tiền công do doanh nghiệp trả cũng như các khoản thuế đánh vào trị giá tài sản tăng thêm đều được coi là thuế đánh trên thu nhập và tài sản.

(3) Các loại thuế hiện hành được áp dụng trong Hiệp định này cụ thể là:

a) tại Áo:

- i. thuế thu nhập (die Einkommensteuer);
- ii. thuế công ty (die Körperschaftsteuer);
- iii. thuế đất (die Grundsteuer);
- iv. thuế đối với các doanh nghiệp nông nghiệp và lâm nghiệp (die Abgabe von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben);
- v. thuế đánh trên giá trị của đất bỏ hoang (die Abgabe vom Bodenwert bei unbebauten Grundstücken);  
(dưới đây được gọi là “thuế Áo”);

b) tại Việt Nam:

- i. thuế thu nhập cá nhân; và
- ii. thuế thu nhập doanh nghiệp (bao gồm cả thuế thu nhập doanh nghiệp đối với nhà thầu Nước ngoài và nhà thầu phụ Nước ngoài);  
(dưới đây được gọi là “thuế Việt Nam”).

(4) Hiệp định cũng sẽ áp dụng cho các loại thuế có tính chất tương tự hoặc về căn bản giống như các loại thuế được ban hành sau ngày ký kết Hiệp định này để bổ sung, hoặc thay thế các loại thuế hiện hành. Các nhà chức trách có thẩm quyền của các Nước ký kết sẽ thông báo cho nhau biết những thay đổi quan trọng trong các luật thuế của từng Nước.

### Điều 3

#### **CÁC ĐỊNH NGHĨA CHUNG**

(1) Theo nội dung Hiệp định này, trừ trường hợp ngữ cảnh đòi hỏi một sự giải thích khác:

- a) thuật ngữ “Áo” có nghĩa là Nước Cộng hoà Áo;
- b) thuật ngữ “Việt Nam” có nghĩa là nước Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt Nam, khi dùng theo nghĩa địa lý, thuật ngữ này có nghĩa là lãnh thổ đất liền, các hải đảo, nội thủy, lãnh hải và vùng trời phía trên đó, vùng biển ngoài lãnh hải, bao gồm cả đáy biển và lòng đất dưới đáy biển mà nước Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt Nam thực hiện chủ quyền, quyền chủ quyền và quyền tài phán phù hợp với pháp luật quốc gia và pháp luật quốc tế;
- c) thuật ngữ “Nước ký kết” và “Nước ký kết kia” có nghĩa là Áo hoặc Việt Nam tùy theo ngữ cảnh đòi hỏi;
- d) thuật ngữ “đối tượng” bao gồm cá nhân, công ty hoặc bất kỳ một tổ chức nhiều đối tượng khác;
- e) thuật ngữ “công ty” có nghĩa là bất kỳ tổ chức công ty hoặc bất kỳ một thực thể nào được coi là một tổ chức công ty dưới giác độ thuế;
- f) thuật ngữ “doanh nghiệp của một Nước ký kết” và “doanh nghiệp của Nước ký kết kia” tùy từng trường hợp có nghĩa là một doanh nghiệp được điều hành bởi đối tượng cư trú của một Nước ký kết và một doanh nghiệp được điều hành bởi đối tượng cư trú của Nước ký kết kia;
- g) thuật ngữ “vận tải quốc tế” có nghĩa là bất kỳ sự vận chuyển nào bằng tàu thủy hoặc máy bay được điều hành bởi một doanh nghiệp của một Nước ký kết, trừ trường hợp khi chiếc tàu thủy hoặc máy bay đó chỉ hoạt động giữa các địa điểm trong Nước ký kết kia;
- h) thuật ngữ “nhà chức trách có thẩm quyền” có nghĩa là:
  - (i) tại Áo: Bộ trưởng Bộ Tài chính Liên bang hoặc đại diện được uỷ quyền;
  - (ii) tại Việt Nam: Bộ trưởng Bộ Tài chính hoặc đại diện được uỷ quyền;
- i) thuật ngữ “đối tượng mang quốc tịch”, liên quan đến một Nước ký kết có nghĩa là:
  - (i) bất cứ cá nhân nào mang quốc tịch của Nước ký kết đó; và
  - (ii) bất cứ pháp nhân, tổ chức hùn vốn hoặc thiệp hội nào có tư cách được chấp nhận theo các luật có hiệu lực tại Nước ký kết đó;

(2) Trong khi một Nước ký kết áp dụng Hiệp định này vào bất kỳ thời điểm nào, mọi thuật ngữ chưa được định nghĩa trong Hiệp định này, trừ trường hợp ngữ cảnh đòi hỏi sự giải thích khác, vào thời điểm đó sẽ có nghĩa theo như định nghĩa trong luật Nước đó đối với các loại thuế mà Hiệp định này áp dụng, bất kỳ nghĩa nào theo các luật thuế được áp dụng tại Nước đó sẽ có giá trị cao hơn nghĩa được giải thích cho thuật ngữ này theo các luật khác tại Nước đó.

## Điều 4

### **ĐỐI TƯỢNG CƯ TRÚ**

(1) Theo Hiệp định này, thuật ngữ “đối tượng cư trú của một Nước ký kết” có nghĩa là bất cứ đối tượng nào, theo các luật của Nước đó, là đối tượng chịu thuế căn cứ vào nhà ở, nơi cư trú, trụ sở điều hành, trụ sở đăng ký hoặc bất cứ tiêu chuẩn nào có tính chất tương tự. Tuy nhiên, thuật ngữ này không bao gồm bất kỳ đối tượng nào là đối tượng chịu thuế tại Nước đó chỉ vì có thu nhập từ các nguồn tại Nước đó hoặc có tài sản đặt tại đó.

(2) Trường hợp theo những quy định tại khoản 1, khi một cá nhân là đối tượng cư trú của cả hai Nước ký kết, thì thân phận cư trú của cá nhân đó sẽ được xác định như sau:

- a) cá nhân đó sẽ được coi là đối tượng cư trú chỉ của Nước mà cá nhân đó có nhà ở thường trú; nếu cá nhân đó có nhà ở thường trú ở cả hai Nước, cá nhân này sẽ được coi như là đối tượng cư trú chỉ của Nước mà cá nhân đó có các quan hệ cá nhân và kinh tế chặt chẽ hơn (trung tâm của các quyền lợi chủ yếu);
- b) nếu không thể xác định được Nước mà ở đó một cá nhân có trung tâm của các quyền lợi chủ yếu, hoặc nếu cá nhân đó không có nhà ở thường trú ở cả hai Nước, cá nhân đó sẽ được coi là đối tượng cư trú chỉ của Nước mà cá nhân đó thường sống;
- c) nếu cá nhân đó thường sống ở cả hai Nước hoặc không thường xuyên sống ở cả hai Nước, cá nhân đó sẽ được coi là đối tượng cư trú của Nước mà cá nhân đó mang quốc tịch;
- d) nếu cá nhân đó là đối tượng mang quốc tịch của cả hai Nước hoặc không mang quốc tịch của cả hai Nước này, các nhà chức trách có thẩm quyền của hai Nước ký kết sẽ nỗ lực giải quyết vấn đề đó bằng thoả thuận chung.

(3) Trong trường hợp do những quy định tại khoản 1, một đối tượng không phải là cá nhân, là đối tượng cư trú của cả hai Nước ký kết, đối tượng đó sẽ được coi là đối tượng cư trú của Nước nơi đặt trụ sở đăng ký. Tuy nhiên, khi đối tượng này có trụ sở đăng ký tại một Nước và có trụ sở điều hành ở Nước kia, bằng thoả thuận chung các nhà chức trách có thẩm quyền của các Nước ký kết sẽ xác định Nước nào là nơi đối tượng đó sẽ được coi là đối tượng cư trú theo Hiệp định này. Khi không đạt được thoả thuận chung theo Hiệp định này, đối tượng đó sẽ không được Nước ký kết này coi là đối tượng cư trú của Nước ký kết kia và ngược lại.

## Điều 5

### **CƠ SỞ THƯỜNG TRÚ**

(1) Theo quy định của Hiệp định này, thuật ngữ “cơ sở thường trú” có nghĩa là một cơ sở kinh doanh cố định mà qua đó doanh nghiệp thực hiện toàn bộ hoặc một phần hoạt động kinh doanh của mình.

(2) Thuật ngữ “cơ sở thường trú” chủ yếu bao gồm:

- a) trụ sở điều hành;
- b) chi nhánh;
- c) văn phòng;
- d) nhà máy;
- e) xưởng;
- f) mỏ, giếng dầu hoặc khí, mỏ đá hoặc bất cứ địa điểm khai thác tài nguyên thiên nhiên nào khác; và
- g) cấu trúc lắp đặt hoặc thiết bị sử dụng cho việc thăm dò tài nguyên thiên nhiên.

(3) Thuật ngữ “cơ sở thường trú” còn bao gồm một địa điểm xây dựng, công trình xây dựng, dự án xây lắp hoặc lắp đặt hoặc các hoạt động giám sát liên quan, nhưng chỉ khi địa điểm, dự án hoặc các hoạt động này kéo dài trong thời hạn quá 6 tháng.

(3) Mặc dù có những quy định trên của điều này, thuật ngữ “cơ sở thường trú” sẽ được coi là không bao gồm:

- a) việc sử dụng các phương tiện riêng chỉ với mục đích lưu kho hoặc trưng bày hàng hoá của doanh nghiệp;
- b) việc duy trì kho hàng hoá của doanh nghiệp chỉ với mục đích lưu kho hoặc trưng bày;
- c) việc duy trì kho hàng hoá của doanh nghiệp chỉ với mục đích để cho doanh nghiệp khác gia công;
- d) việc duy trì một địa điểm kinh doanh cố định chỉ với mục đích thu thập thông tin cho doanh nghiệp;
- e) việc duy trì một địa điểm kinh doanh cố định chỉ với mục đích tiến hành bất cứ hoạt động nào khác có tính chất chuẩn bị hoặc phụ trợ cho doanh nghiệp;
- f) việc duy trì một địa điểm kinh doanh cố định chỉ với mục đích kết hợp bất cứ hoạt động nào nêu từ điểm a) đến điểm e), với điều kiện toàn bộ hoạt động của địa điểm kinh doanh cố định có được từ sự kết hợp trên mang tính chất chuẩn bị hoặc phụ trợ.

(4) Mặc dù có những quy định tại khoản 1 và 2, khi một đối tượng – trừ đại lý có tư cách độc lập được điều chỉnh tại khoản 7 - hoạt động tại một Nước ký kết thay mặt cho

một doanh nghiệp của Nước ký kết kia, doanh nghiệp đó sẽ được coi là có một cơ sở thường trú tại Nước ký kết thứ nhất đối với bất kỳ hoạt động nào mà đối tượng đó thực hiện cho doanh nghiệp, nếu đối tượng đó:

- a) có và thường xuyên thực hiện thẩm quyền ký kết các hợp đồng đứng tên doanh nghiệp tại Nước đó, trừ trường hợp các hoạt động của đối tượng này chỉ giới hạn trong phạm vi các hoạt động nêu tại khoản 4 mà các hoạt động đó nếu được thực hiện thông qua một cơ sở kinh doanh cố định thì sẽ không làm cho cơ sở kinh doanh cố định đó trở thành một cơ sở thường trú theo những quy định tại khoản đó; hoặc
- b) không có thẩm quyền nêu trên, nhưng thường xuyên duy trì tại Nước ký kết thứ nhất một kho hàng hoá qua đó đối tượng này thường xuyên giao hàng hóa thay mặt cho doanh nghiệp.

(6) Mặc dù có những quy định trên của Điều này, một doanh nghiệp bảo hiểm của một Nước ký kết sẽ, trừ trường hợp tái bảo hiểm, được coi là có một cơ sở thường trú tại Nước ký kết kia nếu doanh nghiệp đó thu phí bảo hiểm trong lãnh thổ của Nước kia hoặc bảo hiểm các rủi ro tại đó thông qua một đối tượng không phải là một đại lý có tư cách độc lập được điều chỉnh tại khoản 7.

(7) Một doanh nghiệp sẽ không được coi là có một cơ sở thường trú tại một Nước ký kết chỉ vì doanh nghiệp đó thực hiện kinh doanh tại Nước đó thông qua một đại lý môi giới, một đại lý hoa hồng hoặc bất cứ một đại lý có tư cách độc lập nào khác với điều kiện những đối tượng này chỉ hoạt động trong khuôn khổ kinh doanh thông thường của mình. Tuy nhiên, khi những hoạt động của đại lý này được giành toàn bộ hoặc gần như toàn bộ cho hoạt động đại diện của doanh nghiệp đó, đại lý đó sẽ không được coi là một đại lý có tư cách độc lập theo nghĩa của khoản này.

(8) Việc một công ty là một đối tượng cư trú của một Nước ký kết kiểm soát hoặc chịu sự kiểm soát bởi một công ty là đối tượng cư trú của Nước ký kết kia, hoặc tiến hành kinh doanh tại Nước ký kết kia (có thể thông qua một cơ sở thường trú hoặc dưới hình thức khác) sẽ không làm cho bất kỳ công ty nào trở thành cơ sở thường trú của công ty kia.

## Điều 6

### **THU NHẬP TỪ BẤT ĐỘNG SẢN**

(1) Thu nhập mà một đối tượng cư trú của một Nước ký kết thu được từ bất động sản (bao gồm cả thu nhập từ nông nghiệp hoặc lâm nghiệp) đặt tại Nước ký kết kia có thể bị đánh thuế tại Nước kia.

(2) Thuật ngữ “bất động sản” sẽ có nghĩa theo như luật của Nước ký kết nơi có bất động sản đó. Trong mọi trường hợp, thuật ngữ này sẽ bao gồm cả tài sản đi liền với bất động sản, đàn gia súc và thiết bị sử dụng trong nông nghiệp và lâm nghiệp, các quyền áp dụng theo các quy định tại luật chung về điền sản, quyền sử dụng bất động sản, quyền được hưởng các khoản thanh toán thay đổi hoặc cố định trả cho việc khai thác hoặc quyền khai thác các mỏ, các nguồn khoáng sản và các nguồn tài nguyên thiên nhiên khác; các tàu thủy, và máy bay không được coi là bất động sản.

(3) Những quy định tại khoản 1 sẽ áp dụng đối với thu nhập phát sinh từ việc trực tiếp sử dụng, cho thuê hoặc sử dụng bất động sản dưới bất cứ hình thức nào.

(4) Những quy định tại khoản 1 và 3 cũng sẽ áp dụng cho thu nhập phát sinh từ bất động sản của doanh nghiệp và thu nhập phát sinh từ bất động sản được sử dụng để thực hiện các hoạt động dịch vụ cá nhân độc lập.

## Điều 7

### **LỢI TỨC DOANH NGHIỆP**

(1) Lợi tức của một doanh nghiệp của một Nước ký kết sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước đó trừ trường hợp doanh nghiệp đó tiến hành kinh doanh tại Nước ký kết kia thông qua một cơ sở thường trú đặt tại Nước ký kết kia. Nếu doanh nghiệp hoạt động kinh doanh theo cách trên, lợi tức của doanh nghiệp có thể bị đánh thuế tại Nước kia nhưng chỉ trên phần lợi tức phân bổ cho cơ sở thường trú đó.

(2) Thế theo các quy định tại khoản 3, khi một doanh nghiệp của một Nước ký kết hoạt động kinh doanh tại Nước ký kết kia thông qua một cơ sở thường trú tại Nước kia, tại mỗi Nước ký kết sẽ có những khoản lợi tức được phân bổ cho cơ sở thường trú nói trên mà cơ sở đó có thể thu được, nếu đó là một doanh nghiệp riêng và tách biệt cùng tham gia vào các hoạt động như nhau hoặc tương tự trong cùng những điều kiện như nhau hoặc tương tự và có quan hệ hoàn toàn độc lập với doanh nghiệp mà cơ sở đó được coi là cơ sở thường trú.

(3) Khi xác định lợi tức của một cơ sở thường trú, cơ sở này sẽ được phép khấu trừ các khoản chi phí thực tế phát sinh phục vụ cho hoạt động kinh doanh của cơ sở thường trú đó bao gồm cả các chi phí điều hành và chi phí quản lý chung phát sinh tại Nước nơi cơ sở thường trú đó đóng hoặc ở bất kỳ nơi nào khác. Tuy nhiên, sẽ không cho phép tính vào chi phí được trừ bất kỳ các khoản tiền nào, nếu có, do cơ sở thường trú trả cho (trừ tiền thanh toán các chi phí thực tế) trụ sở chính của doanh nghiệp hay bất kỳ văn phòng nào khác của doanh nghiệp, dưới hình thức tiền bản quyền, các khoản phí hay các khoản thanh toán tương tự khác trả cho việc sử dụng bằng phát minh hay các quyền khác, hay dưới hình thức tiền hoa hồng trả cho việc thực hiện các dịch vụ đặc biệt, hay trả cho việc quản lý, hay dưới hình thức lãi tiền vay đối với các khoản tiền cho cơ sở thường trú đó vay, trừ trường

hợp lãi tiền vay của tổ chức ngân hàng. Cũng tương tự, trong khi xác định lợi tức của cơ sở thường trú, sẽ không tính đến các khoản tiền (trừ tiền thanh toán chi phí thực tế) do cơ sở thường trú thu từ trụ sở chính của doanh nghiệp hay bất kỳ văn phòng khác của doanh nghiệp dưới hình thức tiền bản quyền, các khoản phí hay bất kỳ khoản thanh toán tương tự khác trả cho việc sử dụng bằng phát minh hay các quyền khác, hay dưới hình thức hoa hồng trả cho việc thực hiện các dịch vụ đặc biệt hay trả cho việc quản lý hay dưới hình thức lãi tiền vay đối với các khoản tiền trả cho trụ sở chính của doanh nghiệp hay bất kỳ văn phòng khác của doanh nghiệp vay, trừ trường hợp lãi tiền vay của tổ chức ngân hàng.

(4) Trường hợp tại một Nước ký kết vẫn thường xác định các khoản lợi tức được phân bổ cho một cơ sở thường trú trên cơ sở phân chia tổng các khoản lợi tức của doanh nghiệp thành những phần khác nhau, không có nội dung nào tại khoản 2 sẽ ngăn cản Nước ký kết đó xác định lợi tức chịu thuế theo cách phân chia theo thông lệ trên; tuy nhiên, phương pháp phân chia được chấp nhận sẽ có kết quả phù hợp với những nguyên tắc nêu tại Điều này.

(5) Theo nội dung các khoản trên, các khoản lợi tức được phân bổ cho cơ sở thường trú sẽ được xác định theo cùng một phương pháp giữa các năm trừ khi có đủ lí do chính đáng để xác định theo phương pháp khác.

(6) Khi lợi tức bao gồm các khoản thu nhập được đề cập riêng tại các Điều khác của Hiệp định này, thì các quy định của các Điều đó sẽ không bị ảnh hưởng bởi những quy định tại Điều này.

## Điều 8

### **VẬN TẢI BIỂN VÀ VẬN TẢI HÀNG KHÔNG**

(1) Lợi tức do một doanh nghiệp của một Nước ký kết thu được từ hoạt động của tàu thủy, hoặc máy bay trong vận tải quốc tế sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước ký kết đó.

(2) Những quy định tại khoản 1 cũng sẽ áp dụng đối với các khoản lợi tức thu được từ việc tham gia vào một tổ hợp, liên doanh hoặc một hãng hoạt động quốc tế.

Điều 9**DOANH NGHIỆP LIÊN KẾT**

## (1) Khi

- a) một doanh nghiệp của một Nước ký kết tham gia trực tiếp hoặc gián tiếp vào việc điều hành, kiểm soát hoặc góp vốn vào một doanh nghiệp của Nước ký kết kia, hoặc
- b) các đối tượng cùng tham gia trực tiếp hoặc gián tiếp vào việc điều hành, kiểm soát hoặc góp vốn vào một doanh nghiệp của một Nước ký kết và vào một doanh nghiệp của Nước ký kết kia,

và trong cả hai trường hợp, những điều kiện được đưa ra hoặc áp đặt trong mối quan hệ tài chính và thương mại giữa hai doanh nghiệp trên khác với điều kiện được đưa ra giữa các doanh nghiệp độc lập, lúc đó mọi khoản lợi tức mà một doanh nghiệp có thể thu được nếu không có những điều kiện trên nhưng nay vì những điều kiện này mà doanh nghiệp đó không thu được, sẽ vẫn được một Nước ký kết tính vào các khoản lợi tức của doanh nghiệp đó và bị đánh thuế tương ứng.

(2) Khi một Nước ký kết tính vào các khoản lợi tức của một doanh nghiệp tại Nước đó – và đánh thuế tương ứng – các khoản lợi tức mà một doanh nghiệp của Nước kia đã bị đánh thuế tại Nước ký kết kia và Nước kia chấp nhận rằng các khoản lợi tức được tính vào như vậy là những khoản lợi tức lẽ ra thuộc về doanh nghiệp của Nước thứ nhất nếu các điều kiện đặt ra giữa hai doanh nghiệp trên cũng là các điều kiện lập ra giữa các doanh nghiệp độc lập, khi đó, Nước kia sẽ điều chỉnh các khoản thuế đã nộp đối với khoản lợi tức trên cho phù hợp. Khi xác định điều chỉnh trên, sẽ xem xét tới các quy định khác của Hiệp định này và các nhà chức trách có thẩm quyền của hai Nước ký kết sẽ tham khảo ý kiến của nhau nếu cần thiết.

## Điều 10

### **TIỀN LÃI CỔ PHẦN**

(1) Tiền lãi cổ phần do một công ty là đối tượng cư trú của một Nước ký kết trả cho một đối tượng cư trú của Nước ký kết kia có thể bị đánh thuế ở Nước kia.

(2) Tuy nhiên, những khoản tiền lãi cổ phần đó cũng có thể bị đánh thuế tại Nước ký kết nơi công ty trả tiền lãi cổ phần là đối tượng cư trú và theo các luật của Nước ký kết đó, nhưng nếu đối tượng nhận là đối tượng thực hưởng tiền lãi cổ phần, thì thuế được tính khi đó sẽ không vượt quá:

- a) 5 phần trăm của tổng số tiền lãi cổ phần nếu đối tượng nhận là công ty (trừ tổ chức hùn vốn) trực tiếp sở hữu ít nhất 70 phần trăm số vốn của công ty trả tiền lãi cổ phần;
- b) 10 phần trăm tổng số tiền lãi cổ phần nếu đối tượng nhận là công ty (trừ tổ chức hùn vốn) trực tiếp sở hữu ít nhất 25 phần trăm số vốn của công ty trả tiền lãi cổ phần;
- c) 15 phần trăm tổng số tiền lãi cổ phần trong tất cả những trường hợp khác.

Khoản này sẽ không ảnh hưởng tới việc đánh thuế công ty đối với lợi tức dùng để chia lãi cổ phần.

(3) Thuật ngữ "tiền lãi cổ phần" được sử dụng trong Điều này có nghĩa là thu nhập từ các cổ phần, cổ phần "jouissance" hoặc các quyền lợi "jouissance", cổ phần khai thác mỏ, cổ phần sáng lập hoặc các quyền lợi khác, không phải là các khoản cho vay, được hưởng lợi tức cũng như thu nhập cùng chịu sự điều chỉnh của chính sách thuế đối với thu nhập từ cổ phần theo các luật của Nước nơi công ty chia lãi cổ phần là đối tượng cư trú.

(4) Các quy định tại khoản 1 và 2 sẽ không áp dụng trong trường hợp đối tượng thực hưởng các khoản tiền lãi cổ phần là đối tượng cư trú của một Nước ký kết có tiến hành hoạt động kinh doanh tại Nước ký kết kia nơi công ty trả tiền lãi cổ phần là đối tượng cư trú, thông qua một cơ sở thường trú nằm tại Nước đó hoặc tiến hành tại Nước kia các hoạt động dịch vụ cá nhân độc lập thông qua một cơ sở cố định nằm tại Nước kia, và quyền nắm giữ các cổ phần được hưởng tiền lãi cổ phần, có sự liên hệ thực tế đến cơ sở thường trú hoặc cơ sở cố định nói trên. Trong trường hợp như vậy, các quy định tại Điều 7 hoặc Điều 14, tùy từng trường hợp, sẽ được áp dụng.

(5) Khi một công ty là đối tượng cư trú của một Nước ký kết nhận được lợi tức hoặc thu nhập phát sinh từ Nước ký kết kia, thì Nước ký kết kia có thể không đánh thuế đối với những khoản tiền lãi cổ phần do công ty này trả, trừ trường hợp những khoản tiền lãi cổ phần này được trả cho một đối tượng cư trú của Nước kia hoặc quyền nắm giữ cổ phần có các khoản tiền lãi cổ phần được trả có sự liên hệ thực tế với một cơ sở thường trú hoặc một cơ sở cố định tại Nước kia, đồng thời Nước kia cũng không buộc các khoản lợi tức không chia của công ty trên phải chịu thuế đối với những khoản lợi tức không chia của công ty, cho dù những khoản tiền lãi cổ phần được chia hoặc các khoản lợi tức không chia bao gồm toàn bộ các khoản lợi tức hoặc thu nhập phát sinh tại Nước kia.

## Điều 11

### **LÃI TỪ TIỀN CHO VAY**

(1) Lãi từ tiền cho vay phát sinh tại một Nước ký kết và được trả cho một đối tượng cư trú của Nước ký kết kia có thể bị đánh thuế tại Nước kia.

(2) Tuy nhiên, khoản tiền lãi này cũng có thể bị đánh thuế ở Nước ký kết nơi phát sinh lãi và theo luật pháp của Nước ký kết đó, nhưng nếu đối tượng nhận là đối tượng thực hưởng các khoản tiền lãi này thì mức thuế khi đó được tính sẽ không quá 10 phần trăm tổng số khoản lãi từ tiền cho vay.

(3) Mặc dù có những quy định tại khoản 2, khoản lãi tiền vay nêu tại khoản 1 sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước ký kết nơi đối tượng nhận là đối tượng cư trú nếu đối tượng thực hưởng khoản lãi tiền vay này là đối tượng cư trú của Nước đó, và:

- a) là Nhà nước đó hoặc Ngân hàng trung ương, cơ quan chính quyền cơ sở và chính quyền địa phương;
- b) nếu lãi từ tiền cho vay do Nhà nước nơi khoản lãi đó phát sinh hoặc cơ quan chính quyền cơ sở, chính quyền địa phương hoặc một tổ chức hợp pháp của Nhà nước chi trả;
- c) nếu khoản lãi từ tiền cho vay đó được trả từ một khoản nợ cho vay bởi, được bảo lãnh hoặc bảo đảm, hoặc bất cứ khoản nợ được hưởng lãi hoặc khoản tín dụng nào được bảo lãnh hoặc bảo đảm bởi:
  - (i) tại Áo: Ngân hàng Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft;
  - (ii) tại Việt Nam: Ngân hàng Phát triển Việt Nam.

(4) Thuật ngữ "lãi từ tiền cho vay" dùng ở Điều này có nghĩa là thu nhập từ các khoản cho vay dưới bất kỳ dạng nào, có hay không được đảm bảo bằng thế chấp và có hay không có quyền được hưởng lợi tức của người đi vay, và đặc biệt là khoản thu nhập từ chứng khoán của chính phủ và thu nhập từ trái phiếu hoặc trái phiếu công ty, bao gồm cả tiền thưởng và giải thưởng đi liền với các chứng khoán, trái phiếu hoặc trái phiếu công ty đó. Tiền phạt thanh toán chậm sẽ không được coi là lãi từ tiền cho vay theo nội dung của Điều này.

(5) Những quy định tại các khoản 1, 2 và 3 sẽ không được áp dụng nếu người thực hưởng các khoản lãi từ tiền cho vay là đối tượng cư trú tại một Nước ký kết, tiến hành hoạt động kinh doanh tại Nước ký kết kia nơi phát sinh các khoản lãi từ tiền cho vay, thông qua một cơ sở thường trú tại Nước kia hoặc thực hiện tại Nước kia các hoạt động dịch vụ cá nhân độc lập thông qua một cơ sở cố định tại Nước kia và khoản nợ có các khoản tiền lãi được trả có sự liên hệ thực tế với cơ sở thường trú hoặc cơ sở cố định đó. Trong trường hợp này, các quy định tại Điều 7 hoặc Điều 14, tùy từng trường hợp, sẽ được áp dụng.

(6) Lãi từ tiền cho vay sẽ được coi là phát sinh tại một Nước ký kết khi đối tượng trả chính là Nhà nước đó, cơ quan chính quyền cơ sở, chính quyền địa phương hoặc đối tượng cư trú của Nước đó. Tuy nhiên, khi đối tượng trả lãi có ở một Nước ký kết một cơ sở thường trú hoặc một cơ sở cố định liên quan đến các khoản cho vay đã phát sinh các khoản lãi này, và khoản tiền lãi đó do cơ sở thường trú hoặc cơ sở cố định đó chịu thì dù đối tượng có là đối tượng cư trú của một Nước ký kết hay không, khoản tiền lãi này sẽ vẫn được coi là phát sinh ở Nước nơi cơ sở thường trú hoặc cơ sở cố định đó đóng.

(7) Trường hợp do mối quan hệ đặc biệt giữa đối tượng trả lãi và đối tượng thực hưởng lãi hoặc giữa cả hai đối tượng trên và các đối tượng khác, khoản lãi từ tiền cho vay, liên quan đến khoản cho vay có số tiền lãi được trả, vượt quá khoản tiền được thỏa thuận giữa đối tượng đi vay và đối tượng thực hưởng khi không có mối quan hệ này, thì khi đó, các quy định của Điều này sẽ chỉ áp dụng đối với các khoản tiền thanh toán khi không có mối quan hệ đặc biệt trên. Trong trường hợp này, phần thanh toán vượt sẽ bị đánh thuế theo các luật của từng Nước ký kết có xem xét đến các quy định khác của Hiệp định này.

## Điều 12

### **Tiền bản quyền và phí dịch vụ kỹ thuật**

(1) Tiền bản quyền và phí dịch vụ kỹ thuật phát sinh tại một Nước ký kết và được trả cho một đối tượng cư trú của Nước ký kết kia có thể bị đánh thuế tại Nước ký kết nơi phát sinh và theo các luật của Nước đó, nhưng nếu đối tượng nhận là đối tượng thực hưởng tiền bản quyền hoặc phí dịch vụ kỹ thuật thì thuế được tính khi đó sẽ không vượt quá:

- a) trong trường hợp đối với tiền bản quyền, 10 phần trăm tổng số tiền bản quyền đó;
- b) trong trường hợp đối với phí dịch vụ kỹ thuật, 7,5 phần trăm tổng số phí dịch vụ kỹ thuật đó.

(2) Thuật ngữ “tiền bản quyền” dùng trong Điều này có nghĩa là các khoản thanh toán ở bất kỳ dạng nào được trả cho việc sử dụng, hoặc quyền sử dụng, bản quyền tác giả của một tác phẩm văn học, nghệ thuật hoặc khoa học (bao gồm cả các phim điện ảnh và các loại phim hoặc các loại băng dùng trong phát thanh và truyền hình), băng phát minh, nhãn hiệu thương mại, thiết kế hoặc mẫu, đồ án, công thức hoặc quy trình bí mật, hoặc trả cho việc sử dụng, hoặc quyền sử dụng thiết bị công nghiệp, thương mại, hoặc khoa học, hoặc trả cho thông tin liên quan đến các kinh nghiệm công nghiệp, thương mại hoặc khoa học.

(3) Thuật ngữ “phí dịch vụ kỹ thuật” được sử dụng trong Điều này có nghĩa là các khoản tiền trả cho bất kỳ đối tượng nào, trừ các khoản tiền trả cho nhân viên của đối tượng trả tiền, liên quan đến các dịch vụ mang tính chất quản lý, kỹ thuật hoặc tư vấn được thực hiện tại Nước ký kết mà đối tượng trả là đối tượng cư trú.

(4) Những quy định tại khoản 1 Điều này sẽ không áp dụng nếu đối tượng thực hưởng các khoản tiền bản quyền hoặc phí dịch vụ kỹ thuật, là đối tượng cư trú của một Nước ký kết, tiến hành hoạt động kinh doanh ở Nước ký kết kia nơi có khoản tiền bản quyền hoặc phí dịch vụ kỹ thuật phát sinh, thông qua một cơ sở thường trú nằm tại Nước kia hoặc thực hiện tại Nước kia các hoạt động dịch vụ cá nhân độc lập thông qua một cơ sở cố định nằm tại Nước kia, và quyền, tài sản hoặc hợp đồng có các khoản tiền bản quyền hoặc phí dịch vụ kỹ thuật được trả có sự liên hệ thực tế với cơ sở thường trú hoặc cơ sở cố định đó. Trong trường hợp này, các quy định tại Điều 7 và Điều 14, tùy theo từng trường hợp, sẽ được áp dụng.

(5) Tiền bản quyền và phí dịch vụ kỹ thuật sẽ được coi là phát sinh tại một Nước ký kết khi đối tượng trả tiền bản quyền chính là Nhà nước đó, cơ quan chính quyền cơ sở, chính quyền địa phương hoặc một đối tượng cư trú của Nước đó. Tuy nhiên, khi một đối tượng trả tiền bản quyền hoặc phí dịch vụ kỹ thuật là hoặc không là đối tượng cư trú của

một Nước ký kết, có ở Nước ký kết kia một cơ sở thường trú hoặc một cơ sở cố định liên quan đến trách nhiệm trả tiền bản quyền và phí dịch vụ kỹ thuật đã phát sinh và tiền bản quyền hoặc phí dịch vụ kỹ thuật đó do cơ sở thường trú hoặc cơ sở cố định đó chịu thì khoản tiền bản quyền hoặc phí dịch vụ kỹ thuật này sẽ được coi là phát sinh ở Nước ký kết có cơ sở thường trú hoặc cơ sở cố định đó đóng.

(6) Trong trường hợp vì mối quan hệ đặc biệt giữa đối tượng trả và đối tượng thực hưởng hoặc giữa cả hai đối tượng trên với các đối tượng khác khoản tiền bản quyền hoặc phí dịch vụ kỹ thuật được trả, vì bất cứ lí do gì, vượt quá khoản tiền được thoả thuận giữa đối tượng trả tiền và đối tượng thực hưởng khi không có mối quan hệ đặc biệt này thì các quy định của Điều này sẽ chỉ áp dụng đối với khoản tiền thanh toán khi không có mối quan hệ trên. Trong trường hợp này, phần thanh toán vượt sẽ vẫn bị đánh thuế theo các luật của từng Nước ký kết có xem xét đến các quy định khác của Hiệp định này.

### Điều 13

#### **LỢI TỨC TỪ CHUYỂN NHƯỢNG TÀI SẢN**

(1) Lợi tức do một đối tượng cư trú của một Nước ký kết thu được từ việc chuyển nhượng bất động sản được nêu tại Điều 6 và bất động sản đó nằm tại Nước ký kết kia có thể bị đánh thuế tại Nước kia.

(2) Lợi tức từ việc chuyển nhượng động sản là một phần của tài sản kinh doanh của một cơ sở thường trú mà một doanh nghiệp của một Nước ký kết có tại Nước ký kết kia hoặc động sản thuộc một cơ sở cố định của một đối tượng cư trú của một Nước ký kết có ở Nước ký kết kia để tiến hành hoạt động dịch vụ cá nhân độc lập, kể cả lợi tức từ việc chuyển nhượng cơ sở thường trú đó (riêng cơ sở thường trú đó hoặc cùng với toàn bộ doanh nghiệp) hoặc cơ sở cố định đó có thể bị đánh thuế tại Nước ký kết kia.

(3) Lợi tức thu được từ việc chuyển nhượng các tàu thủy hoặc máy bay hoạt động trong vận tải quốc tế hay từ chuyển nhượng động sản gắn liền với hoạt động của các tàu thủy hoặc máy bay đó sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước ký kết nơi doanh nghiệp đó là đối tượng cư trú.

(4) Lợi tức do một đối tượng cư trú của một Nước ký kết thu được từ việc chuyển nhượng cổ phần hoặc các quyền lợi tương ứng tại một công ty, có tài sản bao gồm toàn bộ hoặc chủ yếu là bất động sản nằm tại Nước ký kết kia có thể bị đánh thuế tại Nước kia.

(5) Lợi tức thu được từ việc chuyển nhượng một phần vốn từ 25 phần trăm trở lên trong vốn cổ phần của một công ty là đối tượng cư trú của một Nước ký kết, trừ những trường hợp đã nêu tại khoản 4, có thể bị đánh thuế tại Nước đó.

(6) Lợi tức thu được từ việc chuyển nhượng bất kỳ tài sản nào khác với tài sản nêu tại khoản 1, 2, 3, 4 và 5 sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước ký kết nơi đối tượng chuyển nhượng là đối tượng cư trú.

## Điều 14

### **HOẠT ĐỘNG DỊCH VỤ CÁ NHÂN ĐỘC LẬP**

(1) Thu nhập mà đối tượng cư trú của một Nước ký kết thu được từ các hoạt động dịch vụ ngành nghề hoặc các hoạt động khác có tính chất độc lập sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước đó trừ các trường hợp sau, khi đó thu nhập này cũng sẽ có thể bị đánh thuế tại Nước ký kết kia:

- a) Nếu đối tượng đó thường xuyên có tại Nước ký kết kia một cơ sở cố định nhằm mục đích thực hiện các hoạt động của mình; trong những trường hợp đó, chỉ phần thu nhập được phân bổ cho cơ sở cố định đó có thể bị đánh thuế tại Nước ký kết kia; hoặc
- b) Nếu đối tượng đó có mặt tại Nước ký kết kia trong một khoảng thời gian hay nhiều khoảng thời gian gộp lại đến hay trên 183 ngày trong năm tài chính có liên quan; trong trường hợp đó chỉ phần thu nhập thu được từ các hoạt động của đối tượng này được thực hiện tại Nước ký kết kia có thể bị đánh thuế tại Nước kia.

(2) Thuật ngữ “dịch vụ ngành nghề” bao gồm chủ yếu những hoạt động độc lập như khoa học, văn học, nghệ thuật, giáo dục hoặc giảng dạy cũng như các hoạt động độc lập của các thầy thuốc, bác sĩ, luật sư, kỹ sư, kiến trúc sư, nha sĩ và kế toán viên.

## Điều 15

### **DỊCH VỤ CÁ NHÂN PHỤ THUỘC**

(1) Thẻ theo các quy định tại Điều 16, 18, 19 và 20, các khoản tiền lương, tiền công và các khoản tiền thù lao tương tự khác do một đối tượng cư trú của một Nước ký kết thu được từ lao động làm công sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước đó trừ khi công việc của đối tượng đó được thực hiện tại Nước ký kết kia. Nếu công việc làm công được thực hiện như vậy, số tiền công trả cho lao động đó có thể bị đánh thuế tại Nước kia.

(2) Mặc dù có những quy định tại khoản 1, tiền công do một đối tượng cư trú của một Nước ký kết thu được từ lao động làm công từ Nước ký kết kia sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước thứ nhất nếu:

- a) người nhận tiền công có mặt tại Nước kia trong một khoảng thời gian hoặc nhiều khoảng thời gian gộp lại không quá 183 ngày trong năm tài chính có liên quan, và
- b) chủ lao động hoặc đối tượng đại diện chủ lao động trả tiền thù lao lao động không phải là đối tượng cư trú tại Nước kia, và
- c) số tiền công không phải phát sinh tại cơ sở thường trú hoặc cơ sở cố định mà đối tượng chủ lao động có tại Nước kia.

(3) Mặc dù có những quy định trên của Điều này, tiền công thu được từ lao động làm trên tàu thủy hoặc máy bay do một doanh nghiệp của một Nước ký kết điều hành trong vận tải quốc tế sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước ký kết đó.

Điều 16

**THÙ LAO CHO GIÁM ĐỐC**

Các khoản thù lao cho giám đốc và các khoản thanh toán tương tự khác do một đối tượng cư trú của một Nước ký kết nhận được với tư cách là thành viên của ban giám đốc của một công ty là đối tượng cư trú của Nước ký kết kia có thể bị đánh thuế ở Nước kia.

Điều 17

**NGHỆ SĨ VÀ VẬN ĐỘNG VIÊN**

(1) Mặc dù có những quy định tại Điều 7, 14 và 15, thu nhập của một đối tượng cư trú của một Nước ký kết thu được với tư cách là người biểu diễn như diễn viên sân khấu, điện ảnh, phát thanh hoặc truyền hình, hoặc nhạc công, hoặc với tư cách là vận động viên, từ những hoạt động cá nhân của mình thực hiện tại Nước ký kết kia có thể bị đánh thuế tại Nước kia.

(2) Trường hợp thu nhập liên quan đến các hoạt động trình diễn cá nhân của người biểu diễn hoặc vận động viên nhưng không được trả cho bản thân người biểu diễn hoặc vận động viên mà trả cho một đối tượng khác thì thu nhập này có thể bị đánh thuế tại Nước ký kết nơi diễn ra những hoạt động trình diễn của người biểu diễn hoặc vận động viên, mặc dù đã có những quy định tại Điều 7, 14 và 15.

(3) Mặc dù có những quy định tại khoản 1 và 2, thu nhập do những người biểu diễn hoặc vận động viên là đối tượng cư trú của một Nước ký kết thu được từ các hoạt động cá nhân của mình tại Nước ký kết kia trong khuôn khổ chương trình trao đổi văn hoá giữa chính phủ của hai Nước ký kết sẽ được miễn thuế tại Nước ký kết kia.

Điều 18

**TIỀN LƯƠNG HƯU**

Thế theo các quy định tại khoản 2 Điều 19, tiền lương hưu và các khoản tiền công tương tự khác được trả cho một đối tượng cư trú của một Nước ký kết do các công việc đã làm trước đây sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước đó.

## Điều 19

### **PHỤC VỤ CHÍNH PHỦ**

(1) a) Các khoản tiền lương, tiền công và các khoản thù lao tương tự khác, trừ tiền lương hưu, do một Nước ký kết hoặc một cơ quan chính quyền cơ sở, chính quyền địa phương hoặc một tổ chức hợp pháp của Nhà nước đó trả cho một cá nhân đối với việc phục vụ cho Nước đó hoặc cơ quan chính quyền cơ sở, chính quyền địa phương hoặc tổ chức đó sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước đó.

b) Tuy nhiên, các khoản tiền lương, tiền công và các khoản thù lao tương tự khác sẽ chỉ bị đánh thuế ở Nước ký kết kia nếu việc phục vụ này được thực hiện tại Nước kia và cá nhân này là đối tượng cư trú của Nước kia, đồng thời:

- (i) là đối tượng mang quốc tịch của Nước kia; hoặc
- (ii) không trở thành đối tượng cư trú của Nước kia chỉ đơn thuần vì thực hiện công việc trên.

(2) a) Bất kỳ khoản lương hưu nào do một Nước ký kết, một cơ quan chính quyền cơ sở, chính quyền địa phương hoặc một tổ chức hợp pháp của Nhà nước đó hoặc do các quỹ của những cơ quan này lập ra trả cho một cá nhân đối với các công việc phục vụ cho Nhà nước, hoặc cơ quan chính quyền cơ sở, chính quyền địa phương hoặc tổ chức đó sẽ chỉ bị đánh thuế ở Nước đó.

b) Tuy nhiên, những khoản tiền lương hưu này sẽ chỉ bị đánh thuế ở Nước ký kết kia nếu cá nhân này là đối tượng cư trú và là đối tượng mang quốc tịch của Nước kia.

(3) Các quy định của Điều 15, 16, 17 và 18 sẽ áp dụng đối với tiền lương, tiền công và các khoản thù lao tương tự khác, và lương hưu được trả đối với việc phục vụ liên quan đến một hoạt động kinh doanh được tiến hành bởi một Nước ký kết hoặc một cơ quan chính quyền cơ sở, chính quyền địa phương hoặc tổ chức hợp pháp của Nhà nước đó.

## Điều 20

### **SINH VIÊN VÀ THỰC TẬP SINH**

(1) Những khoản tiền mà một sinh viên hoặc một thực tập sinh kinh doanh nhận được để trang trải các chi phí sinh hoạt, học tập hay đào tạo mà người sinh viên hay thực tập sinh này ngay trước khi đến một Nước ký kết đang và đã là đối tượng cư trú của Nước ký kết kia và hiện có mặt tại Nước thứ nhất chỉ với mục đích học tập hay đào tạo, sẽ không bị đánh thuế tại Nước đó, với điều kiện những khoản tiền đó có nguồn gốc từ bên ngoài Nước này.

(2) Khoản tiền thù lao mà một sinh viên hoặc thực tập sinh kinh doanh vốn là hoặc trước đó là đối tượng cư trú của một Nước ký kết nhận được từ công việc thực hiện tại Nước ký kết kia trong một khoảng thời gian hoặc nhiều khoảng thời gian gộp lại không quá 183 ngày trong năm tài chính có liên quan sẽ không bị đánh thuế tại Nước kia nếu công việc này liên quan trực tiếp đến việc học tập hoặc thực tập của đối tượng này diễn ra tại Nước thứ nhất.

## Điều 21

### **THU NHẬP KHÁC**

(1) Những khoản thu nhập của một đối tượng cư trú của một Nước ký kết, cho dù phát sinh ở đâu, chưa được đề cập đến tại những Điều trên của Hiệp định này sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước đó.

(2) Những quy định tại khoản 1 sẽ không áp dụng đối với thu nhập, trừ thu nhập từ bất động sản được định nghĩa tại khoản 2 Điều 6, nếu đối tượng nhận thu nhập là đối tượng cư trú của một Nước ký kết, có tiến hành hoạt động kinh doanh tại Nước ký kết kia thông qua một cơ sở thường trú nằm tại Nước kia hoặc thực hiện tại Nước kia những hoạt động dịch vụ cá nhân độc lập thông qua một cơ sở cố định tại Nước kia, và quyền hoặc tài sản liên quan đến số thu nhập được chi trả có sự liên hệ thực tế với cơ sở thường trú hoặc cơ sở cố định đó. Trong trường hợp như vậy những quy định tại Điều 7 hoặc Điều 14, tùy từng trường hợp, sẽ được áp dụng.

(3) Mặc dù có những quy định tại khoản 1 và 2, các khoản thu nhập của một đối tượng cư trú của một Nước ký kết chưa được đề cập tại các Điều trên của Hiệp định này và phát sinh tại Nước ký kết kia cũng có thể bị đánh thuế tại Nước kia.

(4) Thu nhập do một đối tượng cư trú của một Nước ký kết nhận được từ Nước ký kết kia theo quyền hợp pháp được cấp dưỡng sẽ không bị đánh thuế tại Nước thứ nhất nếu khoản thu nhập này được miễn thuế theo các luật của Nước ký kết kia.

## Điều 22

### **TÀI SẢN**

(1) Tài sản là bất động sản nêu tại Điều 6 do một đối tượng cư trú của một Nước ký kết sở hữu có tại Nước ký kết kia, có thể bị đánh thuế tại Nước ký kết kia.

(2) Tài sản là động sản là một phần của tài sản kinh doanh của một cơ sở thường trú của một doanh nghiệp của một Nước ký kết có tại Nước ký kết kia hoặc động sản thuộc một cơ sở cố định của một đối tượng cư trú của một Nước ký kết có tại Nước ký kết kia để thực hiện các hoạt động dịch vụ cá nhân độc lập, có thể bị đánh thuế tại Nước kia.

(3) Tài sản là tàu thủy và máy bay do một doanh nghiệp của một Nước ký kết điều hành trong vận tải quốc tế, và tài sản là động sản liên quan đến hoạt động của tàu thủy và máy bay đó, sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước đó.

(4) Tất cả các phần tài sản khác của một đối tượng cư trú của một Nước ký kết sẽ chỉ bị đánh thuế tại Nước đó.

Điều 23

**XOÁ BỎ VIỆC ĐÁNH THUẾ HAI LẦN**

(1) Tại Áo, việc đánh thuế hai lần sẽ được xoá bỏ như sau:

- a) Trường hợp một đối tượng cư trú của Áo nhận được thu nhập hoặc sở hữu tài sản mà theo các điều khoản của Hiệp định này có thể bị đánh thuế ở Việt Nam, Áo, theo các quy định của điểm b) và c) sẽ miễn thuế cho các khoản thu nhập hoặc tài sản này.
- b) Trường hợp một đối tượng cư trú của Áo nhận được các khoản thu nhập mà theo quy định của các Điều 10, 11, 12, khoản 4 và 5 của Điều 13 và khoản 3 của Điều 21 có thể bị đánh thuế ở Việt Nam, Áo sẽ cho phép khấu trừ vào số thuế tính trên thu nhập của đối tượng cư trú đó một khoản bằng với số tiền thuế đã nộp tại Việt Nam. Tuy nhiên số thuế được trừ đó sẽ không được vượt quá số thuế cùng tính cho các loại thu nhập đó phát sinh tại Việt Nam trước khi được khấu trừ.
- c) Mặc dù, theo bất kỳ quy định nào của Hiệp định, thu nhập hoặc tài sản do một đối tượng cư trú của Áo nhận được được miễn thuế tại Áo, Áo trong khi tính thuế trên phần thu nhập hoặc tài sản còn lại của đối tượng cư trú đó, có thể tính đến phần thu nhập được miễn thuế.

(2) Tại Việt Nam, việc đánh thuế hai lần sẽ được xoá bỏ như sau:

- a) Trường hợp một đối tượng cư trú của Việt Nam nhận thu nhập, lợi nhuận hoặc lợi tức mà theo các luật của Áo và phù hợp với Hiệp định này, có thể bị đánh thuế tại Áo, Việt Nam sẽ cho phép khấu trừ vào thuế đánh trên thu nhập, lợi nhuận hoặc lợi tức một khoản tiền bằng số tiền thuế đã nộp tại Áo. Tuy nhiên, khoản tiền thuế được khấu trừ sẽ không vượt quá số thuế Việt Nam đánh trên thu nhập, lợi nhuận hoặc lợi tức đó được tính phù hợp với các luật và quy định về thuế của Việt Nam.
- b) Mặc dù, theo bất kỳ quy định nào của Hiệp định, thu nhập hoặc tài sản do một đối tượng cư trú của Việt Nam nhận được được miễn thuế tại Việt Nam, Việt Nam trong khi tính thuế trên phần thu nhập hoặc tài sản còn lại của đối tượng cư trú đó, có thể tính đến phần thu nhập được miễn thuế.
- (3) Theo các quy định tại điểm 1(a) và 1(b) của Điều này, một đối tượng nộp thuế của Áo khi nhận được thu nhập từ Việt Nam và chịu thuế tại Việt Nam nhưng đã được miễn thuế toàn bộ hoặc một phần theo luật của Việt Nam nhằm ưu đãi đầu tư và phát triển thì sẽ coi như vẫn chịu thuế toàn bộ hoặc một phần tại Việt Nam.

## Điều 24

### **KHÔNG PHÂN BIỆT ĐỐI XỬ**

(1) Các đối tượng mang quốc tịch của một Nước ký kết sẽ không phải chịu tại Nước ký kết kia bất kỳ hình thức thuế nào hoặc bất kỳ yêu cầu nào liên quan đến hình thức thuế đó khác với hoặc nặng hơn hình thức thuế và các yêu cầu liên quan hiện đang và có thể áp dụng cho các đối tượng mang quốc tịch của Nước kia trong cùng những hoàn cảnh như nhau, đặc biệt là khi tính đến nơi cư trú.

(2) Hình thức thuế áp dụng đối với một cơ sở thường trú của một doanh nghiệp của một Nước ký kết có tại một Nước ký kết kia sẽ không kém thuận lợi hơn tại Nước kia so với hình thức thuế áp dụng cho các doanh nghiệp của Nước kia cùng tiến hành các hoạt động tương tự. Quy định này sẽ không được giải thích là buộc một Nước ký kết phải dành cho đối tượng cư trú của Nước ký kết kia được hưởng bất kỳ suất miễn thu cá nhân, khoản miễn và giảm thuế nào vì lợi ích của thân phận dân sự hoặc trách nhiệm gia đình mà Nước ký kết đó cho đối tượng cư trú của Nước mình được hưởng.

(3) Trừ trường hợp áp dụng các quy định tại khoản 1 Điều 9, khoản 7 Điều 11 hoặc khoản 6 Điều 12, lãi từ tiền cho vay, tiền bản quyền, phí dịch vụ kỹ thuật và các khoản thanh toán khác do một doanh nghiệp của một Nước ký kết trả cho đối tượng cư trú của Nước ký kết kia, khi xác định các khoản lợi tức chịu thuế của doanh nghiệp đó sẽ được tính vào chi phí theo cùng các điều kiện như các khoản tiền đó được trả cho đối tượng cư trú của Nước thứ nhất. Tương tự như vậy, bất kỳ một khoản nợ nào của một doanh nghiệp của một Nước ký kết trả cho một đối tượng cư trú của Nước ký kết kia trong khi xác định tài sản chịu thuế của doanh nghiệp đó sẽ được phép tính vào chi phí, theo cùng các điều kiện như là các khoản nợ trả cho đối tượng cư trú của Nước thứ nhất.

(4) Các doanh nghiệp của một Nước ký kết có toàn bộ hoặc một phần vốn do một hoặc nhiều đối tượng cư trú của Nước ký kết kia sở hữu hoặc kiểm soát trực tiếp hoặc gián tiếp sẽ không phải chịu tại Nước thứ nhất bất kỳ hình thức thuế hoặc yêu cầu liên quan đến hình thức thuế đó khác với hoặc nặng hơn hình thức thuế và những yêu cầu liên quan hiện đang hoặc có thể được áp dụng cho các doanh nghiệp tương tự khác của Nước thứ nhất.

(5) Những quy định của Điều này sẽ chỉ áp dụng đối với các loại thuế chịu sự điều chỉnh của Hiệp định này.

Điều 25

**THỦ TỤC THỎA THUẬN SONG PHƯƠNG**

(1) Trường hợp một đối tượng nhận thấy rằng việc giải quyết của một hoặc cả hai Nước ký kết làm cho hoặc sẽ làm cho đối tượng đó phải nộp thuế không đúng với những quy định của Hiệp định này, đối tượng này có thể giải trình trường hợp của mình với nhà chức trách có thẩm quyền của Nước ký kết mà đối tượng đó là đối tượng cư trú, mặc dù trong nội luật của hai Nước đã quy định những chế độ xử lý khiếu nại. Trường hợp đó phải được giải trình trong thời hạn 3 năm kể từ lần thông báo giải quyết đầu tiên dẫn đến hình thức thuế áp dụng không đúng với những quy định của Hiệp định.

(2) Nhà chức trách có thẩm quyền sẽ cố gắng, nếu như việc khiếu nại là hợp lý và nếu bản thân nhà chức trách đó không thể đi đến một giải pháp thỏa đáng, phối hợp với nhà chức trách có thẩm quyền của Nước ký kết kia để cùng giải quyết trường hợp khiếu nại bằng thỏa thuận chung, nhằm mục đích tránh đánh thuế không phù hợp với nội dung của Hiệp định này. Mọi thỏa thuận đạt được sẽ được thực hiện không căn cứ vào những giới hạn thời gian ghi trong luật trong nước của hai Nước ký kết.

(3) Nhà chức trách có thẩm quyền của hai Nước ký kết sẽ cố gắng giải quyết bằng thỏa thuận chung mọi khó khăn hoặc vướng mắc nảy sinh trong quá trình giải thích hoặc áp dụng Hiệp định này. Nhà chức trách có thẩm quyền của hai Nước ký kết cũng có thể trao đổi với nhau nhằm xoá bỏ việc đánh thuế hai lần trong các trường hợp không được quy định tại Hiệp định này.

(4) Nhà chức trách có thẩm quyền của hai Nước ký kết có thể liên hệ trực tiếp với nhau, bao gồm việc thông qua một uỷ ban có thành viên là chính các nhà chức trách có thẩm quyền hoặc các đại diện của họ, nhằm mục đích đạt được một thỏa thuận theo nội dung những khoản trên đây.

Điều 26

**TRAO ĐỔI THÔNG TIN**

(1) Nhà chức trách có thẩm quyền của hai Nước ký kết sẽ trao đổi những thông tin cần thiết để thực hiện những quy định của Hiệp định này hoặc của nội luật liên quan đến các loại thuế mà Hiệp định này áp dụng sao cho việc đánh thuế theo nội luật sẽ không trái với Hiệp định này. Mọi thông tin do một Nước ký kết nhận được sẽ được giữ bí mật giống như thông tin thu nhận theo nội luật của Nước này và thông tin đó sẽ chỉ được cung cấp cho các đối tượng hoặc các cơ quan chức trách (bao gồm tòa án và các cơ quan hành chính) có liên quan đến việc tính toán hoặc thu thuế, cưỡng chế hoặc truy tố hoặc xác định các khiếu nại về các loại thuế đã nêu tại câu thứ nhất. Các đối tượng hoặc các cơ quan chức trách này sẽ chỉ sử dụng các thông tin đó vào các mục đích nêu trên. Các đối tượng và các cơ quan đó có thể cung cấp các thông tin này trong quá trình tố tụng công khai của tòa án hoặc trong các quyết định của tòa án.

(2) Không có trường hợp nào những quy định tại khoản 1 được giải thích là buộc một Nước ký kết có nghĩa vụ:

- (a) thực hiện các biện pháp hành chính khác với luật pháp hoặc thông lệ về quản lý hành chính của Nước ký kết đó hoặc của Nước ký kết kia;
- (b) cung cấp những thông tin không thể tiết lộ được theo các luật hoặc trong khuôn khổ quản lý hành chính thông thường của Nước ký kết đó hoặc của Nước ký kết kia;
- (c) cung cấp những thông tin có thể làm tiết lộ bí mật về thương mại, kinh doanh, công nghiệp, thương nghiệp hoặc bí mật nghề nghiệp hoặc các phương thức kinh doanh, hoặc cung cấp những thông tin mà việc tiết lộ chúng có thể trái với chính sách Nhà nước hoặc trái với các quyền cơ bản của một Nhà nước cho phép, đặc biệt trong lĩnh vực bảo vệ dữ liệu.

Điều 27

**CÁC VIÊN CHỨC NGOẠI GIAO VÀ LÃNH SỰ**

Không nội dung nào trong Hiệp định này sẽ ảnh hưởng đến những ưu đãi về thuế của các cơ quan đại diện ngoại giao hoặc các cơ quan lãnh sự theo những quy tắc chung của luật pháp quốc tế hoặc theo những quy định trong các hiệp định đặc biệt.

Điều 28

**HIỆU LỰC**

(1). Chính phủ của hai Nước ký kết sẽ thông báo cho nhau việc hoàn thành các thủ tục cần thiết theo luật của Nước mình để Hiệp định này có hiệu lực. Hiệp định này sẽ có hiệu lực vào ngày đầu tiên của tháng thứ ba kể từ thời điểm nhận được thông báo sau cùng và sẽ được áp dụng:

(2). (a) trong trường hợp đối với các khoản thuế khấu trừ tại nguồn thu trên tiền lãi cổ phần, lãi từ tiền cho vay, tiền bản quyền và phí dịch vụ kỹ thuật, đối với các khoản tiền được chi trả hoặc khấu trừ kể từ ngày 1 tháng 1 của năm dương lịch sau năm Hiệp định có hiệu lực;

(b) trong trường hợp đối với các loại thuế khác phát sinh trong năm tính thuế được tính cho các khoảng thời gian bắt đầu vào ngày hoặc sau ngày 1 tháng 1 của năm dương lịch tiếp theo sau năm Hiệp định này có hiệu lực.

Điều 29

**KẾT THÚC HIỆP ĐỊNH**

(1) Hiệp định này sẽ vẫn còn hiệu lực vô thời hạn, nhưng từng Nước ký kết có thể vào ngày hoặc trước ngày 30 tháng 6 trong bất kỳ năm dương lịch nào bắt đầu sau khi kết thúc thời hạn 5 năm kể từ ngày Hiệp định có hiệu lực, thông qua đường ngoại giao, gửi cho Nước ký kết kia văn bản thông báo kết thúc Hiệp định và, trong trường hợp như vậy, Hiệp định này sẽ hết hiệu lực thi hành:

(2) a) trong trường hợp đối với các loại thuế khấu trừ tại nguồn thu trên tiền lãi cổ phần, lãi từ tiền cho vay, tiền bản quyền và phí dịch vụ kỹ thuật đối với các khoản tiền được chi trả hoặc được khấu trừ vào ngày 1 tháng 1 của năm dương lịch tiếp sau năm gửi thông báo kết thúc Hiệp định;

b) trong trường hợp đối với các loại thuế khác phát sinh trong năm tính thuế, được tính cho các khoảng thời gian bắt đầu vào ngày hoặc sau ngày 1 tháng 1 của năm dương lịch tiếp sau năm thông báo kết thúc Hiệp định.

**ĐỀ LÀM BẰNG** những người có tên dưới đây, được sự ủy quyền hợp thức của Chính phủ nước mình, đã ký vào Hiệp định này.

**Hiệp định làm** thành hai bản tại Viên ngày 2 tháng 6 năm 2008 mỗi bản gồm các ngôn ngữ tiếng Đức, tiếng Việt và tiếng Anh, tất cả các văn bản đều có giá trị như nhau. Trường hợp có sự giải thích khác nhau về Hiệp định, văn bản tiếng Anh sẽ có giá trị quyết định./.

**THAY MẶT CHÍNH PHỦ  
NƯỚC CỘNG HOÀ ÁO:**  
Hans Winkler

**THAY MẶT CHÍNH PHỦ  
NƯỚC CỘNG HOÀ XÃ HỘI CHỦ NGHĨA VIỆT NAM:**  
Phạm Sỹ Danh

## NGHỊ ĐỊNH THƯ

Tại thời điểm ký kết Hiệp định tránh đánh thuế hai lần và ngăn ngừa việc trốn lậu thuế đối với các loại thuế đánh vào thu nhập và tài sản, trong ngày ký kết giữa Chính phủ nước Cộng hoà xã hội chủ nghĩa Việt Nam và Chính phủ Cộng hoà Áo, các bên ký dưới đây đã thoả thuận các điều khoản dưới đây sẽ là một bộ phận hợp thành của Hiệp định.

### 1. Liên quan đến Điều 10, 11 và 12:

Trường hợp sau khi Hiệp định này có hiệu lực, Việt Nam ký một Hiệp định tránh đánh thuế hai lần với một Nước thứ ba là thành viên của Liên minh châu Âu và Hiệp định đó có mức thuế suất thuế khấu trừ tại nguồn (bao gồm cả thuế suất không phần trăm) thấp hơn các mức thuế suất đã quy định trong Hiệp định này, các mức thuế suất đó sẽ tự động thay thế các mức thuế suất của Hiệp định này kể từ ngày Hiệp định giữa Việt Nam và Nước thứ ba kia có hiệu lực.

### 2. Liên quan đến Điều 11:

Mặc dù đã có các quy định của khoản 2 Điều 11, trong thời gian mà theo luật thuế của Áo, Cộng hoà Áo chưa đánh thuế tại nguồn trên lãi từ tiền vay được trả cho đối tượng cư trú của Việt Nam, tỷ lệ phần trăm được quy định cho khoản này sẽ được giảm xuống còn 5 phần trăm tổng số lãi từ tiền cho vay.

### 3. Liên quan đến khoản 4 Điều 21:

Khoản thu nhập nêu tại khoản này sẽ không được xem xét khi áp dụng miễn thuế theo phương pháp lũy tiến.

**ĐỂ LÀM BẰNG**, những người có tên dưới đây, được sự ủy quyền hợp thức của Chính phủ nước mình, đã ký Nghị định thư này.

**Hiệp định làm** thành hai bản tại Viên ngày 2 tháng 6 năm 2008 mỗi bản gồm các ngôn ngữ tiếng Đức, tiếng Việt và tiếng Anh, tất cả các văn bản đều có giá trị như nhau. Trường hợp có sự giải thích khác nhau về Hiệp định, văn bản tiếng Anh sẽ có giá trị quyết định./.

**THAY MẶT CHÍNH PHỦ  
NƯỚC CỘNG HOÀ ÁO:  
Hans Winkler**

**THAY MẶT CHÍNH PHỦ  
NƯỚC CỘNG HOÀ XÃ HỘI CHỦ NGHĨA VIỆT NAM:  
Phạm Sỹ Danh**

### **Phụ lục 3**

Liên quan đến Điều 7:

- a) Khi xác định lợi tức của một địa điểm công trình xây dựng, dự án xây lắp hoặc lắp đặt, khoản lợi tức được phân bổ cho cơ sở thường trú tại một Nước ký kết nơi đặt cơ sở thường trú đó sẽ chỉ là khoản lợi tức phát sinh từ các hoạt động do cơ sở thường trú đó thực hiện. Nếu như máy móc hoặc thiết bị do trụ sở chính hay một cơ sở thường trú khác của doanh nghiệp đó hoặc một đối tượng thứ ba có liên quan đến hoặc độc lập với các hoạt động đó cung cấp thì lợi tức từ hoạt động cung cấp này sẽ không được phân bổ cho lợi tức của địa điểm hoặc công trình, dự án xây lắp hoặc lắp đặt đó.
- b) Thu nhập do một đối tượng cư trú của một Nước ký kết nhận được từ các hoạt động lập kế hoạch, lập đề án, xây dựng hoặc nghiên cứu cũng như thu nhập từ các dịch vụ kỹ thuật được thực hiện tại Nước đó liên quan đến cơ sở thường trú đặt tại Nước ký kết kia sẽ không được phân bổ cho cơ sở thường trú đó.